



präsent ist, derart, dass sie selbst jenen weitgehend unbekannt ist, die sich wie Kuhn der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden fühlen?

Der folgende Beitrag versucht, für beide Fragen Antworten zu finden, indem er die theoretischen Positionen zur Nationalitätenfrage wie auch die konkreten Initiativen aus dem Umfeld sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien in ihren Grundzügen nachzeichnet und – dies scheint für das volle Verständnis des Problems maßgeblich – ihre Anbindung an die größer angelegten Nationsbildungsprozesse Italiens, Österreichs und Deutschlands aufzeigt. Hierbei werden drei historische Phasen unterschieden (die letzten Jahrzehnte der Habsburgermonarchie 1890–1918, Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg 1918–1945 und die Zeit des Kalten Krieges 1945–1992), in denen sich die Nationalitätenfrage im Tiroler Raum unter unterschiedlichen nationalstaatlichen und europäischen (politischen wie ökonomischen) Rahmenbedingungen stellte, was wiederum Möglichkeiten und Horizonte konkreter Nationalitätenpolitik in und um Tirol, Südtirol und das Trentino maßgeblich determinierte.

Als forschungsleitende These wird für die beiden oben genannten Fragen angenommen, dass sozialistische Standpunkte zu den verschiedentlich gearteten Nationalitätenfragen in Tirol – im Gegensatz zum Postulat Gabriel Kuhns – durchaus existieren, dass sie aufgrund des limitierten Einflusses der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die politischen Entscheidungen in und um den Tiroler Raum jedoch nur in begrenztem Maße elaboriert und nur eingeschränkt kommuniziert werden konnten, wenngleich speziell in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Politiker des sozialistischen Parteienspektrums konkrete Maßnahmen zur Befriedung nationaler Spannungen in der Region setzten, die im öffentlichen Geschichtsdiskurs bisweilen unberücksichtigt blieben.

## 1. 1890–1918: Die gescheiterten Autonomiebestrebungen des Trentino innerhalb der Habsburgermonarchie

Eine wesentliche Schwierigkeit in der Auseinandersetzung mit sozialistischen Positionen zur Nationalitätenfrage besteht darin, dass soziale und nationale Frage in Anlehnung an Parteidifferenzen des späten 20. Jahrhunderts ex post häufig als absolute Gegensätze gesehen werden. Sozialisten und Nationalisten bzw. Nationalliberale des 19. Jahrhunderts kannten die Pervertierung ihrer jeweiligen Idee zu Totalitarismen nationalsozialistischer bzw. stalinistischer Prägung, die daraus resultierende industrielle Massenvernichtung und das Phänomen des antifaschistischen Widerstands jedoch noch nicht; vielmehr wiesen Sozialismus und Nationalliberalismus als von der Französischen Revolution inspirierte Fortschrittsideologien gegen Konservatismus, politischen Katholizismus und Monarchismus ursprünglich durchaus Parallelen auf. Diese zeigen sich auch im Tiroler Maßstab etwa im Umstand, dass die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ab Mitte des 19. Jahrhunderts im Schlepptau bürgerlicher Arbeiterbildungsvereine entstanden war<sup>2</sup>; sie äußern sich darin, dass die verschiedenen sozialistischen Strömungen Österreichs 1888/89 maßgeblich von Victor Adler, einem ehemaligen Parteigänger der Deutschnationalen, zur SDAP geeint wurden<sup>3</sup>, wobei auch in Tirol noch vor 1914 Übertritte vom Deutschnationalismus zur Sozialdemokratie bekannt sind (z.B. Franz Gruener)<sup>4</sup>, und sie manifestieren sich nicht zuletzt darin, dass im zentralen politischen Kampf der altösterreichischen Sozialdemokratie – jenem um Erlangung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – eine Interessensgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und

---

2 Über die ersten Arbeiterbildungsvereine in Tirol informiert Gerhard OBERKOFER, *Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges* (Wien 1986) 17–31.

3 Über Victor Adler informiert ausführlich Lucian O. MEYSELS, *Victor Adler. Die Biographie* (Wien 1997).

4 Franz Gruener (1879–1953), Rechtsanwalt, stand ursprünglich der deutschnationalen Bewegung nahe und betätigte sich 1904 anlässlich der Fatti di Innsbruck in den Reihen der deutschnationalen Studentenschaft als Redner. 1907 trat er in die SDAP ein und wurde in den 1920er-Jahren sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Tirol. Hannes SCHLOSSER, Franz Maria Gruener (1879–1953), in: *Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge*, hrsg. von Rainer HOFMANN, Horst SCHREIBER (Krailling 2003) 149–166.

dem Nationalliberalismus bestand, die auf einer latenten Kontinuität zu den parlamentarischen Erfahrungen der bürgerlichen Revolution des Jahres 1848 aufbauen konnte<sup>5</sup>.

Der proletarische Internationalismus, wie ihn Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im Kommunistischen Manifest propagiert hatten, war zum Zeitpunkt der sozialdemokratischen Parteigründung in Tirol 1890 auch innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung zwar präsent, aber faktisch bereits in die Defensive geraten. Marx und Engels hatten die Nationalitätenfrage Mitte des Jahrhunderts im Vergleich zur Sozialen Frage noch als sekundär bewertet, dahingehend, dass sie sich mit Lösung der Klassegegensätze von selbst verflüchtigen würde<sup>6</sup>. Spätestens nach der nationalen Einigung Italiens 1861 und Deutschlands 1871 bei gleichzeitigem Scheitern des ersten sozialrevolutionären Experiments, der Pariser Kommune, musste die sozialistische Arbeiterbewegung dem weitaus beständigeren Integrationspotential des Nationalismus notgedrungen Rechnung tragen, was mit Gründung nationaler bzw. staatsbezogener Arbeiterparteien u.a. in Deutschland (SPD), Österreich (SDAP) und Italien (PSI) im Verlauf der 1870er bis 1890er-Jahre geschah<sup>7</sup>.

Um die Jahrhundertwende standen die österreichischen (und mit ihnen die Tiroler und Trentiner) Sozialdemokraten hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage vor einer besonderen Herausforderung<sup>8</sup>, da ihr Bezugspunkt (noch) kein National- sondern ein Vielvölkerstaat war, was sich u.a. im deutsch-italienisch geprägten Kronland Tirol manifes-

---

5 Zum Wahlrechtskampf der SDAP informiert ausführlich Peter SCHÖFFER, *Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89–1897* (Stuttgart 1986); Vgl. Hans HEISS, Thomas Götz, *Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49* (Wien–Bozen 1998) 109–124.

6 *Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.* Karl MARX, Friedrich ENGELS, *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: Karl MARX, Friedrich ENGELS, *Werke*, Bd. 4 (Berlin 1972) 479.

7 Vgl. Hans MOMMSEN, *Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa*, in: *Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. von Hans. MOMMSEN (Göttingen 1979) 81–101, hier: 83–86.

8 Vgl. Pieter M. JUDSON, *Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918* (München 2017) 472–480.

tierte. Die Sozialdemokratie war von diesem Umstand insofern herausgefordert, als mit der nationalen Ungleichheit innerhalb der Monarchie auch eine soziale Ungleichheit einherging, zumal eine deutsch-österreichische Minderheitsbevölkerung durch privilegierten Zugang zum Staatsapparat eine gespaltene Mehrheit aus Tschechen, Polen, Italienern und anderen Nationalitäten dominieren konnte<sup>9</sup>. 1899 legte die SDAP mit dem Brünner Nationalitätenprogramm<sup>10</sup> für dieses Problem einen Lösungsvorschlag vor, der die Nationalitätenfrage mit der angestrebten Demokratisierung Österreich-Ungarns verband. Durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts sollten soziale Privilegien abgebaut und die politische Partizipation gleichmäßig auf die breite Bevölkerung ausgedehnt werden<sup>11</sup>; die verbleibenden nationalen Unterschiede würden anschließend durch die Schaffung „national abgegrenzte[r] Selbstverwaltungskörper“ entschärft. Allerdings wollte man den Vielvölkerstaat als „Nationalitätenbundesstaat“ erhalten, was vordergründig als internationalistische Geste gelesen werden konnte, tatsächlich aber vor allem dem reformistischen Grundgedanken der SDAP, ihrem Wunsch nach einem Ausgleich mit dem Habsburgerstaat, entsprach<sup>12</sup>.

9 Vgl. Lenka BOBIKOVA, Die Arbeiterbewegung und die Nationalitätenkämpfe vor 1914 – eine Darstellung der Entwicklung, in: Arbeiterbewegung und Nationale Frage in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, hrsg. von Helmut KONRAD (Wien–Zürich 1993) 35–64, hier: 36.

10 Die Forderungen des Brünner Programms lauteten: „1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. 2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird. 3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt. 4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt. 5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen. 6. Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Österreich spricht die Überzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist; (...)“ Otto BAUER, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907), online einsehbar unter [www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1907/nationalitaet/31-programm.html](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1907/nationalitaet/31-programm.html) (letzter Zugriff: 28.08.2017).

11 Vgl. Karl UČAKAR, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Wien 1985).

12 Vgl. Helmut KONRAD, Die Arbeiterbewegung und die österreichische Nation, in: Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, hrsg. von Herbert STEINER, Wolfgang NEUGEBAUER (Wien–München–Zürich 1983) 367–379, hier: 372.

In Tirol kam das Brünner Nationalitätenprogramm vor allem den italienischen Sozialisten des Trentino entgegen. Sie hatten bereits vor 1899 die national-liberalen Forderungen aus dem Jahr 1848 aufgegriffen<sup>13</sup>, die eine Aufwertung (durch Autonomie oder Sezession) des wirtschaftlich und politisch benachteiligten Trentino gegenüber den privilegierten Deutschtiroler Gebieten verlangte<sup>14</sup>. Vor allem Cesare Battisti, der noch während seiner Universitätsstudien in Österreich und Italien zur Integrationsfigur des Trentiner Sozialismus avanciert war, verfocht die nationalen Interessen der Italiener Österreichs mit Vehemenz. Anfangs vertrat er autonomistische Positionen, die in der Forderung nach Errichtung einer italienischen Universität in Österreich einen Kristallisationspunkt fanden<sup>15</sup>. Nach dem Scheitern dieses Unterfangens infolge der Schließung der kurzfristig eingerichteten italienischen Rechtsfakultät an der Universität Innsbruck im Jahr 1904 (*Fatti di Innsbruck*)<sup>16</sup> wandte sich Battisti – parallel zur nationalen Verselbständigung der Sozialdemokratie in Böhmen und anderen Gebieten der Monarchie<sup>17</sup> – zusehends irredentistischen Positionen zu. 1914, nach seiner Wahl in den österreichischen Reichsrat nun auch sozialistischer Landtagsabgeordneter in Innsbruck, hatte

---

13 Zu den Autonomiebestrebungen des Trentino von 1848/49 siehe HEISS, Götz, *Revolution* 125–129. Über die Autonomiepolitik der Trentiner Sozialisten um 1900 informiert ausführlich VINCENZO CALÌ, *Patrioti senza Patria. I democratici trentini fra otto e novecento* (Trento 2003) 145–161.

14 Hierzu Cesare Battisti 1897 exemplarisch: *Wir sind davon überzeugt, dass der Landtag mit Sitz in Innsbruck, bestehend aus 25 Abgeordneten des Trentino und 42 Abgeordneten der deutschen Länder, nicht in der Lage ist, im Sinne des gemeinsamen wechselseitigen Vorteils für beide Landesteile, Trentino und Tirol, sich dessen bewusst zu werden, dass zwischen unserem Land und Tirol enorme Unterschiede bestehen, die deshalb nicht mit denselben Normen geregelt werden können. Es genügt, einen Blick auf die Kultur, die Sprache und auf die Sitten, auf die Produkte, das Klima, die Böden und den Handel zu werfen.* Cesare Battisti zitiert nach VINCENZO CALÌ, *Patrioti senza Patria* 150. (Übers. d. Verf.)

15 Zu Battistis Positionen in der Autonomiefrage siehe Cesare BATTISTI, *Una campagna autonomistica. Il partito socialista e l'autonomia del Trentino (1895–1901)*. Note storiche e riassunti di discorsi (Trento 1901).

16 Über die nationalistischen Ausschreitungen rund um die Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät informiert ausführlich Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät, hrsg. von Michael GEHLER, Günther PALLAVER (Trient 2013).

17 Über das nationale Auseinanderdriften der SDAP im Vorfeld des Ersten Weltkriegs informiert ausführlich Raimund Löw, *Der Zerfall der „Kleinen Internationale“*. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889–1914) (Wien 1984).

sich Battisti von der Idee eines supranationalen Tirol bereits entfremdet<sup>18</sup>. So erklärte er auf der ersten Landtagssitzung, als *sozialistischer Vertreter der Stadt Trient (...) den Grundsätzen meiner Partei und der Gleichheit der Nationen zu Ehren diesen Landtag nicht als legitime Vertretung der italienischen Bevölkerung der Provinz anzuerkennen. Wir denken, dass ein Gerechtigkeitsempfinden dazu führen müsste, dass ein italienischer Landtag auf der einen und ein deutscher Landtag auf der anderen Seite existierten*<sup>19</sup>.

Rückblickend lassen sich zwei Ursachen feststellen, die für das Scheitern der sozialistischen Autonomiebestrebungen des Trentino bzw. des Brünner Nationalitätenprogramms im regionalen und gesamtstaatlichen Rahmen maßgeblich waren:

1) Trotz der befriedenden Intention, die dem Brünner Nationalitätenprogramm innewohnte, stellte seine offene Formulierung in letzter Konsequenz keine Überwindung der nationalen Differenzen innerhalb Österreichs dar, wie dies z.B. das Konzept einer sprachgruppenübergreifenden „Willensnation“ nach Schweizer oder us-amerikanischem Vorbild hätte darstellen können<sup>20</sup>. Vielmehr kam die Idee des Nationalitätenbundestaates indirekt einer Anerkennung (nicht einer Überwindung) der nationalen Gegensätze innerhalb der Monarchie gleich, denen durch Konzessionen lediglich ihre Schärfe genommen werden sollte. Allein über die Relativierung ethnonationaler Gegensätze konnte die Sozialdemokratie die Maximalforderung nationalistischer Sezessionisten aller Lager im Kern jedoch nicht widerlegen. Vielmehr trug sie dadurch indirekt zum Auseinanderdriften der Monarchie bei.

18 Auch Benito Mussolini, der als Sozialist 1909 kurzzeitig im Trentino aktiv gewesen war, bewertete die sozialistische Autonomiekampagne der Trentiner 1911 bereits resignierend: *Die autonomistische Losung: Eigene Regierung in Trient im Namen des Volkes und für das Volk, die von den Sozialisten im Rahmen ihrer Kampagne propagiert wurde, ist mittlerweile überholt, und die Wahrscheinlichkeit eines autonomen Trentino ist eher gesunken als gestiegen. Von oben wird sie nicht kommen, und von unten gibt es niemanden, der sich für sie einsetzt. Von oben kamen nichts als Versprechungen und Täuschungsmanöver, eines gravierender als das andere. Angefangen beim formalen Versprechen von Kaiser Leopold im Jahr 1790 bis hin zu jenen der Minister von 1871; 1893–1894 war eine einzige Anhäufung von Schmeichelei und Verrat. Im Volk des Trentino selbst kam es nie zum Ausbruch einer Revolte.* Benito MUSSOLINI, *Il Trentino. Veduto da un socialista* (Firenze 1911) 78. (Übers. d. Verf.)

19 Cesare Battisti zitiert nach Österreichische Nationalbibliothek, Historische Rechts- und Gesetzestexte Online (ALEX), Stenographische Berichte Tirol, 1914, Stenographische Berichte des Landtages für die gefürstete Grafschaft Tirol, 5, online abrufbar unter <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spt&datum=1914&page=119&size=45> (letzter Zugriff: 28.08.2017, Übers. d. Verf.)

20 Vgl. MOMMSEN, Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa 83.

Dass die österreichische Sozialdemokratie nicht imstande war, das ethno-linguistische Nationskonzept zu überwinden, hängt indes damit zusammen, dass ethnonationale Identitätsvorstellungen um 1900 bereits tief in die oberflächlich supranationale Arbeiterbewegung eingedrungen waren<sup>21</sup>. Als Gegenstück zur ideologischen Entwicklung Battistis verdeutlicht dies auf deutschtiroler Seite der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Simon Abram, der Battistis Forderung nach einem eigenen Landtag für das Trentino den Leitlinien des Brünner Nationalitätenprogramms entsprechend billigte, allerdings mit den Worten *daß es nicht zuletzt, ja vielleicht in erster Linie im Interesse des deutschen Landesteiles und der Deutschen Österreichs überhaupt gelegen ist, wenn die Deutschen dieses Staates bei einer Neuordnung der Dinge ihre Angelegenheiten selbst bestellen*<sup>22</sup>.

2) Die österreichische Sozialdemokratie befand sich zu keinem Zeitpunkt in der Lage, das Brünner Nationalitätenprogramm rechtlich umzusetzen. Die monarchische Staatsverfassung und das bis 1907 geltende Kurienwahlrecht hielten sie de facto von der Macht fern. Spätestens mit Ausbruch des Weltkriegs 1914 wurde ihr reformistischer Vorschlag zur Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems von einer in Europa längst schwellenden Kriegspolitik endgültig überrollt<sup>23</sup>. Cesare Battistis Bruch mit der Sozialdemokratie, sein Werben für den italienischen Kriegseintritt gegen Österreich, die anschließende Gefangennahme als Angehöriger eines Alpini-Corps und seine Verurteilung zum Tod durch ein österreichisches Militärgericht im Jahr 1916<sup>24</sup> wurde durch Karl Kraus' literarische Verarbeitung über Tirol hinaus zum Sinnbild für das Scheitern des Brünner Nationalitätenprogramms und des österreichischen Vielvölkerstaates insgesamt<sup>25</sup>. Kaiser Karls

---

21 Vgl. Helmut KONRAD, Wurzeln deutschnationalen Denkens in der österreichischen Arbeiterbewegung, in: Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hrsg. von DERS. (Wien 1978) 19–30.

22 Simon Abram, zitiert nach Gerhard OBERKOFER, Arbeiterbewegung in Tirol. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte vom Vormärz bis 1917 (Innsbruck 1976) 91.

23 BOBIKOVA, Arbeiterbewegung und die Nationalitätenkämpfe vor 1914 38–41.

24 Hans HAUTMANN, Militärprozesse gegen Abgeordnete des österreichischen Parlaments im Ersten Weltkrieg, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft 2:21 (2014) 1–11.

25 Sie [die Ansichtskarte, die den toten Battisti zeigt] wurde von amtswegen hergestellt, am Tatort wurde sie verbreitet, im Hinterland zeigten sie „Vertraute“ Intimen, und heute ist sie als ein Gruppenbild des k. k. Menschentums in den Schaufenstern aller feindlichen Städte ausgestellt, ein Denkmal des Galgenhumors unserer Henker, umgewertet zum Skalp der österreichischen Kultur. Es

Erlaß eines „Völkermanifests“ am 17. Oktober 1918, als die Monarchie längst in Trümmern lag, zollte der sozialdemokratischen Idee eines österreichischen Nationalitätenbundesstaates einen letzten Tribut<sup>26</sup>, hatte politisch aber keine Bedeutung mehr.

## 2. 1918–1945: Teilung Tirols und die Anschlussbestrebungen an Deutschland

Das Brünner Nationalitätenprogramm war vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs keineswegs die einzige Antwort auf die nationale Frage, die aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung kam. Die Bolschewiki hatten auf Basis ihrer Erfahrungen im multiethnischen Zarenreich ihrerseits Konzepte entwickelt, die das Brünner Nationalitätenprogramm konterkarierten<sup>27</sup>. Im Gegensatz zur österreichischen Sozialdemokratie hatte sich Lenin vor 1914 in mehreren Schriften für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts bis hin zur möglichen Abspaltung unterdrückter Nationen ausgesprochen<sup>28</sup> und im Gegensatz zur österreichischen Sozialdemokratie waren die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 auch in der Lage, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen umzusetzen, was mit Dekret vom 2. bzw. 15. November 1917 geschah<sup>29</sup>. Parallel zum Abschluss der Friedensverträge von Brest-Li-

---

*war vielleicht seit Erschaffung der Welt zum erstenmal der Fall, daß der Teufel Pfui Teufel! rief.* Karl KRAUS, *Die letzten Tage der Menschheit*. Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog (Frankfurt 1986) [Erstveröffentlichung 1915–1922] 507 f.

26 Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Wiener Zeitung, Extra-Ausgabe (17.10.1918), o. S.

27 Vgl. John SCHWARZMANTEL, *Marxist Theories on Nation Building and the Collapse of Communism*, in: *Arbeiterbewegung und nationale Identität*, hrsg. von Winfried R. GARSCHA, Christine SCHINDLER (Wien 1994) 35–54, hier: 46 ff.

28 *Der siegreiche Sozialismus muß die volle Demokratie verwirklichen, folglich nicht nur vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, das heißt das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen.* Wladimir I. LENIN, *Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*, in: Wladimir I. LENIN, *Werke*. Bd. 22 (Berlin 1960) 144–159, hier: 144.

29 *In der Epoche des Zarismus wurden die Völker systematisch gegeneinander gehetzt. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome einerseits und Knechtschaft der Völker andererseits. Solch eine schädliche Politik der Hetze wird und darf nicht mehr wiederkehren. An ihre Stelle muß die Politik eines freiwilligen und ehrlichen Bundes der Völker Rußlands treten. (...) 1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands. 2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbst-*

towsk führte dies zur Unabhängigkeit Finnlands, Polens, der Baltischen Staaten und der Ukraine, wobei die außenpolitische Schwäche Sowjetrusslands zu diesem Zeitpunkt gleichfalls eine Rolle spielte<sup>30</sup>.

Es scheint ein Paradoxon zu sein, dass es gerade den Bolschewiki gelang, trotz Gewährung des Selbstbestimmungsrechts 1922 einen neuen Vielvölkerstaat, die Sowjetunion, aus der Taufe zu heben, während die Sozialdemokratie in Österreich-Ungarn mit ihrem offen propagierten Konzept des multiethnischen Nationalitätenbundesstaates scheiterte<sup>31</sup>. Ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Bolschewiki bestand in diesem Zusammenhang jedoch weniger im Wortlaut der politischen Forderung, als vielmehr in ihrem ausgeprägten Gespür für die Macht. Anders als die österreichischen Sozialdemokraten praktizierten die Sowjets ihre Nationalitätenpolitik nicht als Konzession an nationalistische Konkurrenzparteien, sondern sie setzten sich mit Propagierung des Selbstbestimmungsrechts selbst an die Spitze der Nationalbewegungen und konnten diese damit weitgehend absorbieren. In der Praxis führte die kommunistische Nationalitätenpolitik nach der innen- und außenpolitischen Festigung der Sowjetunion allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen. Vor allem in den ersten Jahren wurden zum Teil weitreichende Zugeständnisse an nationale und kulturelle Minderheiten gemacht, die unter stalinistischer Herrschaft jedoch bald in eine gewaltsame Repressions- und Umsiedlungspolitik umschlugen<sup>32</sup>.

---

*bestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates. 3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen. 4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen. Die daraus resultierenden konkreten Dekrete werden unmittelbar nach der Bildung einer Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten ausgearbeitet. Zitiert aus einer deutschen Übersetzung der „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ vom 2. bzw. 15. November 1917, unterzeichnet von Lenin und Stalin, als Übersetzung sowie im russischen Original einsehbar im Online-Portal der Bayerischen Staatsbibliothek „100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte“, [www.100dokumente.de/pdf/dok\\_0002\\_vol\\_de.pdf](http://www.100dokumente.de/pdf/dok_0002_vol_de.pdf) (letzter Zugriff: 28.08.2017).*

30 Marina CATTARUZZA, *Il problema nazionale per la socialdemocrazia e per il movimento comunista internazionale: 1889–1953*, in: *La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale“: 1889–1953*, hrsg. von Dies. (Soveria Mannelli 2005) 9–32, hier: 22.

31 Vgl. Helmut KONRAD, *Between „little international“ and Great Power Politics: Austro-Marxism and Stalinism on the National Question*, in: *Nationalism and empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union*, hrsg. von Richard RUDOLPH (New York 1992) 269–294.

32 Vgl. CATTARUZZA, *Il problema nazionale* 22 ff.

Für Tirol bzw. Südtirol erlangte das kommunistische Selbstbestimmungsrecht der Nationen Bedeutung, weil es über die internationalen Leitlinien der Komintern auch Eingang in die Resolutionen der kommunistischen Partei Italiens fand. Auf ihrem 4. Kongress im April 1931 (der aufgrund des italienischen Parteienverbots im Exil in Köln stattfand) gab die Parteiführung bekannt, sich für die Interessen der ethnischen Minderheiten sowie der in Afrika vom italienischen Staat unterdrückten Gesellschaften einzusetzen und deren Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung bis zur Loslösung vom italienischen Staat mitzutragen<sup>33</sup>. Diese Leitlinie findet sich anschließend in einer 1932 erschienenen, deutschsprachigen Flugschrift für Südtirol, in der die Bevölkerung dazu aufgerufen wird, sich dem antifaschistischen Kampf der Kommunisten anzuschließen, um dadurch das Selbstbestimmungsrecht bzw. die Loslösung von Italien zu erreichen<sup>34</sup>.

Die kommunistische Aufforderung zur Beteiligung am antifaschistischen Widerstand erzielte in Südtirol Anfang der 1930er-Jahre jedoch keine Breitenwirkung. Zum einen fand die illegal verbreitete Schrift mit Sicherheit nur eine sehr begrenzte Anzahl an Leserinnen und Lesern, zum anderen dürfte die bäuerliche Bevölkerung Südtirols für den revolutionären Kampf der italienischen Kommunisten wenig empfänglich gewesen sein. Darüber hinaus grenzte sich der Verfasser, Silvio Flor junior, auf Basis der damals geltenden Sozialfaschismusthese der Komintern radikal von der Südtiroler So-

---

33 *Die Kommunistische Partei fordert das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung vom italienischen Staat für die slowenischen, kroatischen und deutschen nationalen Minderheiten sowie für die Bevölkerungen der Kolonien Libyen und Eritrea. (...) Die italienischen Kommunisten müssen konsequent gegen den italienischen Imperialismus ankämpfen und auf diese Weise das Vertrauen der unterdrückten Minderheiten gewinnen.* II IV Congresso del Partito comunista d'Italia, hrsg. vom BUREAU D'EDITIONS (April 1931). *Tesi e risoluzioni* (Paris 1931) 15, 82. (Übers. d. Verf.)

34 *Die Kommunistische Partei Italiens kämpft für die wirtschaftliche und politische Befreiung des italienischen Volkes; für Brot, Arbeit und Freiheit; für die Uebergabe des Bodens an die Bauern; für das Recht der vom italienischen Imperialismus unterdrückten slowenischen, kroatischen und deutschen nationalen Minderheiten und der Kolonialvölker sich vom italienischen Staate zu trennen; für die Befreiung Süditaliens, Siziliens und Sardinien von der Unterdrückung durch den italienischen Staat; für die Verteidigung Sowjetrusslands, gegen den imperialistischen Krieg und für den Frieden; für den Aufstand des italienischen Volkes, unter Leitung der Arbeiterklasse, gegen den Faschismus; für den Sturz des Faschismus und Kapitalismus auf revolutionärem Wege; für eine Arbeiter- und Bauernregierung, für ein Räteitalien, für die Diktatur des Proletariats.* JUNIUS [Pseudonym Silvio Flor jun.], *Um Südtirols Befreiung!*, Verlag der Kommunistischen Partei Italiens [ohne Ort 1932], 23 Seiten, hier 2. Als vollständige Textedition ist die Flugschrift nachlesbar in: *Für Brot, Arbeit und Freiheit. Dokumente zur Zeitgeschichte Südtirols*, hrsg. von Gerhard OBERKOFER, Günther PALLAVER (Bozen 1985).

zialdemokratie ab – dem vermutlich einzigen politischen Milieu, in dem für seine Schrift am ehesten eine positive Resonanz zu erwarten gewesen wäre<sup>35</sup>.

Die Südtiroler Sozialdemokratie war Anfang der 1930er-Jahre in organisierter Form indes nicht mehr existent. Unmittelbar nach der Teilung Tirols hatten sich ihre führenden Exponenten zur Südtirolfrage noch zu Wort gemeldet. Auch sie hatten vor dem Hintergrund des 14-Punkte-Programms von US-Präsident Wilson noch 1920 das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol gefordert<sup>36</sup>. Damit lagen sie auf einer Linie mit der Internationalen Sozialistenkonferenz von Amsterdam des Jahres 1919, die sich in Bezug auf Österreich und Deutschland einschließlich Südtirols ebenso für die Schaffung eines, dem Willen der breiten Bevölkerung entsprechenden, großdeutschen Einheitsstaates ausgesprochen hatte<sup>37</sup>. Ebenso hatten die Tiroler Sozialdemokraten 1919 im Tiroler Landtag gegen das katholisch-konservative Modell eines Tiroler Freistaats, für die Union Tirols mit Österreich, gegen die Abtretung Südtirols an Italien und für den gesamtösterreichischen Anschluss an Deutschland argumentiert<sup>38</sup>. Noch 1921 warben sie anlässlich der parteiüber-

---

35 Vgl. Leopold STEURER, I Flor. Approccio biografico tra scienza e utopie concrete, in: *Se non c'è Amore che Storia è?* Nuovi materiali di lavoro per Fabrizio Rasera, hrsg. von Quinto ANTONELLI, Diego LEONI (Rovereto 2008) 195–218, hier: 206.

36 *Die Sozialdemokratische Partei in Südtirol fordert auf Grund des Nationalitätenprogramms das Selbstbestimmungsrecht für alle von einer fremdsprachigen Nation unterjochten Völker. Wir sind überzeugt, daß zwischen dem deutschen und italienischen Volke sofort ein im beiderseitigen Interesse gelegenes gutes Verhältnis eintreten wird, sobald sich das Proletariat gegenseitig die Bruderhand drückt. Dann ist auch die sogenannte strategische Brennergrenze überflüssig und das geeinte Italien hat gar keine Ursache, das fremdsprachige Südtirol gewaltsam zu unterjochen. Sollte uns durch den Widerstand der bürgerlichen und militaristischen Kreise das Selbstbestimmungsrecht derzeit verweigert werden, so fordern wir unbedingt die Trennung des früheren Südtirol in zwei Teile, die Provinz Südtirol und die Provinz Trentino.* Der Tiroler (Bozen, 11.8.1920) 2 f.

37 *Die Konferenz fordert für Deutschösterreich das Recht, sich an Deutschland anzuschließen! Ferner fordert sie für alle deutschen Teile des früheren Oesterreich das Recht, sich über die Frage, zu welchem Staate sie gehören wollen, auszuweisen. Peroni (Italien) legt die nachdrückliche Verwahrung gegen eine Angliederung Tirols an Italien ein. Die italienischen Sozialisten könnten eine Gewaltpolitik nicht billigen.* Volks-Zeitung (Innsbruck, 30.4.1919) 1.

38 *Der Erklärung, Tirol zu einer selbständigen Republik auszurufen, wenn dadurch das deutsche Südtirol uns erhalten bleiben kann, können wir nicht beitreten: 1. weil es dem Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widerspricht, von diesem nur nach einer bestimmten Richtung Gebrauch machen zu müssen. Nicht Ländern, sondern Völkern muß das Selbstbestimmungsrecht zustehen. Ferner weil von der Entente nach keiner Richtung eine bindende Zusicherung vorliegt, daß Deutsch-Südtirol einem selbständigen Tirol angegliedert und den wirtschaftlichen Bestand Tirols sichern will. 2. Weil wir die felsenfeste Ueberzeugung haben, daß ein selbständiges Tirol nie ein wirtschaftlich lebensfähiges Staatsgebilde sein könnte und die breiten Schichten der Arbeiter, Beamten und Kleinbauern im Rahmen eines solchen Staates sich nie zu einer menschenwürdigen Existenz emporzarbeiten in der Lage wären. 3. Weil wir uns vom deutschen Volke und von Deutschösterreich, mit dem wir durch die*

greifenden Anschlussabstimmung in Tirol für die Aufhebung des alliierten Anschlussverbots und das Zusammengehen Tirols mit der Weimarer Republik<sup>39</sup>, wofür eine Abstimmungsmehrheit von 98 Prozent erreicht wurde, die jedoch keine rechtlichen Folgen zeitigte<sup>40</sup>.

Als zwei Jahre zuvor die Forderung des Selbstbestimmungsrechts für Südtirol mit Unterzeichnung der Friedensverträge durch die österreichische Delegation um Karl Renner (der u.a. der Tiroler Sozialdemokrat Franz Gruener angehört hatte) praktisch nicht mehr umsetzbar gewesen war, hatten Südtirols Sozialdemokraten parallel zum bürgerlichen Deutschen Verband als zweite Option ein ausführliches Autonomieprogramm entworfen<sup>41</sup>. Trotz Unterstützung durch die italienischen Sozialisten, die das Anliegen der Südtiroler Genossen 1920 im Rahmen der Annexionsdebatte im italienischen Parlament vorbrachten<sup>42</sup>, blieb auch diese Forderung unerfüllt.

Rückblickend stellt sich hinsichtlich der sozialdemokratischen Selbstbestimmungs- und Autonomieinitiativen der Jahre 1919/20 lediglich die Frage, ob die vorgebrachten Forderungen eine realistische Chance auf Anwendung gehabt hätten, wenn die italienischen Sozialisten nach ihrem Wahlerfolg des Jahres 1919 die Möglichkeit des Eintritts in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien genutzt hätten. Dadurch, dass sie als Oppositionelle (erst 1945 sollten sie in Rom kurzzeitig Mitregierende sein) weder in die

---

*Geschichte, durch die Gemeinsamkeit der Sprache und Kultur und durch das Wirtschaftsleben unlösbar verknüpft sind, nicht trennen lassen können, ohne der geistigen und materiellen Verkümmern zu verfallen.* Volks-Zeitung (Innsbruck, 6.5.1919) 1 f.

39 *Wir sind von der einzelnen Aktion an sich nicht begeistert, aber da die Abstimmung stattfindet, müssen wir an ihr teilnehmen, denn wenn ihr auch nicht die Wirkung entspringt, die eine [österreichweite] Bundesabstimmung auslösen muß, so hat auch sie eine große Bedeutung; sie ist der Notschrei eines Bergvolkes, das durch den Friedensvertrag, der unser Land seiner besten deutschen Gebiete beraubt und auf ein einziges Tal reduziert hat, in seiner wirtschaftlichen Existenz auf das schwerste getroffen ist.* Volks-Zeitung (Innsbruck, 19.4.1921) 1.

40 Zur Anschlussabstimmung in Tirol siehe Hermann J. KUPRIAN, *Tirol und die Anschlussfrage 1918 bis 1921*, in: *Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938*, hrsg. von Thomas ALBRICH, Klaus EISTERER, Rolf STEININGER (Innsbruck 1988) 43–74.

41 Das vollständige Autonomieprogramm, in dem u.a. die Trennung von Staat und Kirche sowie diverse Arbeitsschutzbestimmungen und die Befreiung der Südtiroler vom italienischen Militärdienst gefordert werden, ist abgedruckt in der Zeitung *Volksrecht* (Bozen, 13.8.1920) 1 f., online einsehbar im digitalen Zeitungsbestand der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann.

42 Siehe hierzu den Bericht in der Zeitung *Der Tiroler* (Bozen, 11.8.1920) 2 f., online einsehbar im digitalen Zeitungsbestand der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann.

Friedensverhandlungen von Saint-Germain, noch in die administrative Angliederung Südtirols an Italien eingebunden waren, war die Erfolgsaussicht ihrer Selbstbestimmungs- und Autonomieforderung für Südtirol von Anfang an ziemlich gering gewesen<sup>43</sup>.

Der Siegeszug des Faschismus in Italien (1922), Deutschland (1933) und Österreich (1934) bei gleichzeitigem Abdrängen der sozialistischen Arbeiterbewegung in die Illegalität verhinderte schließlich in den zwei Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen auf längere Sicht auch im Tiroler Raum die Umsetzung einer sozialistischen Nationalitätenpolitik. Immerhin wurde die Südtirolfrage im trilateralen Diskurs zwischen Österreich, Italien und Deutschland gerade von Sozialdemokraten und Kommunisten bis in die frühen 1930er-Jahre präsent gehalten, zumal sich das Thema dazu eignete, als publizistische Speerspitze gegen die Regime Mussolini und Dollfuß wie auch gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus eingesetzt zu werden<sup>44</sup>. Sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten in Österreich und Deutschland wiesen wiederholt auf die Unterdrückung der Südtiroler durch den italienischen Faschismus hin und warfen Austrofaschisten und Nationalsozialisten ob ihrer Allianzen mit Mussolini und der stillschweigenden Toleranz von dessen Italianisierungspolitik nationalen Verrat vor<sup>45</sup>. Die faschistische Seite konterte, indem sie der Linken ihrerseits unter Anspielung auf die Unterzeichnung des Versailler Vertrags durch Karl Renner nationalen

---

43 Einen ebenso analytischen wie kritischen Zeitzeugenbericht zur Politik der italienischen Sozialisten der Jahre 1919–1922 gibt Angelo TASCIA, *Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus* (Wien-Frankfurt-Zürich 1969) 93–108.

44 Einen Überblick über weitestgehend deklaratorische Wortmeldungen von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Südtirolfrage, die in ausführliche Darstellungen der politischen Entwicklungen in Österreich, Italien und Deutschland eingearbeitet wurden, gibt Heinz-Rudolf OTHMERDING, *Sozialistische Minderheitenpolitik am Beispiel Südtirol von den Anfängen des Konflikts bis heute* (Hamburg 1984) 395–599.

45 Exemplarisch eine programmatische Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus dem Jahr 1930: *Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt, Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat. Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirtschaftlichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.* Die Rote Fahne (Berlin, 24.8.1930) 1 f.

Verrat an Südtirol vorwarf – ungeachtet dessen, dass Österreich als Kriegsverlierer 1919 in dieser Angelegenheit wehrlos mit dem Rücken zur Wand gestanden hatte<sup>46</sup>.

Den stichhaltigen Argumenten gegen Mussolinis Entnationalisierungspolitik, die allerdings von mittellosen Sozialdemokraten und Kommunisten kamen, entzogen die innenpolitischen Erfolge des Hitlerregimes (Saarabstimmung 1935, Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland 1936) alsbald weiteres Terrain. Im Gegensatz zu Frankreich und Spanien, wo das sozialistische Lager, zur „Volksfront“ geeint, in dieser Zeit die Regierungsgewalt übernehmen und sich bis 1939 aktiv gegen den europäischen Faschismus betätigen konnte, bestand für Sozialdemokraten und Kommunisten in Tirol und Südtirol – sofern sie als Internationalisten nicht in den Spanischen Bürgerkrieg zogen<sup>47</sup> – spätestens nach dem gescheiterten Februaraufstand in Österreich 1934 keine realistische Aussicht darauf, Regierungspolitik in näherer Zukunft aktiv mitzugestalten<sup>48</sup>.

Mit dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 verbuchte Hitler schließlich den finalen Erfolg, der einer längst illegalen und zersplitterten Linken in und um Tirol vorerst gänzlich den Wind aus den Segeln nahm, hatte das NS-Regime doch eine zentrale Forderung sozialistischer Nationalitätenpolitik – Österreichs Zusammenschluss mit Deutschland (wie ihn u.a. die Tiroler Sozialdemokraten 1921 gefordert hatten) – realisieren können. Dass der nationalsozialistische „Anschluss“ allerdings nicht auf eine Befriedung Europas hinauslief, sondern die absehbare Vorstufe eines neuen Weltkriegs

---

46 Die Nationalsozialisten in Österreich plakatierten 1932 in Wien antisozialistische Plakate mit folgendem Wortlaut: *Seit Jahren wird der Nationalsozialismus von der Partei der organisierten Landes- und Arbeitervertreter mit einer wahren Hochflut von Lügen und Verleumdungen überschüttet. Es ist eine der schändlichsten Lügen, wenn die Sozialdemokratie dem Nationalsozialismus Verrat an Südtirol vorwirft. Wer hat den Dolchstoß von 1918 geführt, durch den das Volk dem Gegner bedingungslos ausgeliefert und auf Jahrzehnte versklavt wurde? (...) Wer hat die Schandverträge unterzeichnet, die uns Südsteiermark, Südtirol, Deutschböhmen gekostet und uns zu Tributsklaven der Hochfinanz gemacht haben? (...) Wollen sich die sozialdem. Führer heute als Verteidiger „deutschen Volkstums“ aufspielen? (...) Die Sozialdemokratie hat nicht nur Südtirol, sondern ganz Deutschland verraten! Wien, Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB), Bildarchiv und Grafiksammlung, Signatur PLA16316977; 1932/25 (4853).*

47 Vgl. Joachim GATTERER, Friedrich STEPANEK, Internationalismus und Region: Über die schwierige Einordnung antifaschistischer Spanienkämpfer in regionale Erinnerungsdiskurse am Beispiel Tirol und Südtirol, in: *Geschichte und Region/Storia e regione* 1/25 (2016) 143–158, hier: 145–152.

48 Vgl. OBERKOFER, Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges 250–261.

darstellte, wurde in diesem Zusammenhang auch von hochrangigen österreichischen Sozialdemokraten ignoriert<sup>49</sup>. So bemerkte Karl Renner am 3. April 1938 im Vorfeld der nationalsozialistischen Volksabstimmung über den „Anschluss“ öffentlich:

*Nun ist diese zwanzigjährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November [1918] zurück. (...) Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St.-Germain werde ich mit Ja stimmen.*<sup>50</sup>

Das rasche Überschwappen nationalsozialistischer Sympathien nach Südtirol hatten wiederum die italienischen Kommunisten mit zunehmender Sorge beobachtet. Noch 1935 erinnerten sie die Südtiroler an den faschistischen Charakter erlebter Entnationalisierungspolitik und bekräftigten, dass sie sich im Gegensatz zum Regime Mussolinis für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Südtiroler einsetzen würden<sup>51</sup>. Spätestens der „Anschluss“ Österreichs bewirkte jedoch auch in den Reihen der KPI das Aufkommen nationalistischer Positionen. Vom Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler war nach 1938 in der illegalen KP-Presse nichts mehr zu lesen; vielmehr wurde Italiens immer intensivere Bindung an Hitlerdeutschland (Achse Berlin-Rom)<sup>52</sup> als nationaler Verrat gedeutet, indem man u.a. den denkbaren Fall

---

49 Vgl. Karl R. STADLER, Sozialdemokratie und „Anschluß“, in: Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hrsg. von Helmut KONRAD (Wien 1978) 15–18.

50 Neue Wiener Zeitung (3.4.1938) 3.

51 Die kommunistische Zeitung l'Unità berichtete 1935 hierzu: *Seit einiger Zeit ist die Bevölkerung Südtirols in Aufregung und der Südtiroler Hitlerismus hat als Antwort auf die nationale Unterdrückungspolitik des italienischen Faschismus sowie auf den Kuhhandel zwischen den österreichischen Klerikalfaschisten und Mussolini um die Unabhängigkeit Österreichs eine relative Entwicklung erfahren. (...) Die Bauern und die arbeitende Bevölkerung Südtirols lägen aber falsch, würden sie den hitlerischen Propagandisten folgen und ihnen die Verteidigung der nationalen Freiheit anvertrauen. (...) Nur das Proletariat und die italienischen Kommunisten haben es nie unterlassen, sich für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker, und somit der Südtiroler, bis zu ihrer Trennung vom italienischen Staat einzusetzen. l'Unità (edizione clandestina), (27.11.1935), o. S. (Übers. d. Verf.)*

52 Zur Entwicklung der Südtirolfrage im Spannungsfeld der faschistischen und nationalsozialistischen Außenpolitik informiert ausführlich Leopold STEURER, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919–1939 (Wien–München–Zürich 1980).

der Brennergrenze heraufbeschwor, was einer indirekten Aufgabe der Selbstbestimmungsforderung für Südtirol gleichkam<sup>53</sup>.

Bei Ausbruch des Weltkriegs und Abschluss des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens für Südtirol 1939 (sogenannte „Option“) war die sozialdemokratische und kommunistische Nationalitätenpolitik an einem Tiefpunkt angelangt. Dass von kommunistischer Seite gegenwärtig keine propagandistischen Äußerungen gegen die Umsiedlung bekannt sind, dürfte wesentlich mit der radikalen Kursänderung der Komintern zusammenhängen. Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts<sup>54</sup> und Beginn des deutschen Angriffskriegs gegen Polen hatte George Dimitroff als Leiter der Komintern im September 1939 alle kommunistischen Parteien wissen lassen, dass sich aufgrund des Krieges *die Lage wesentlich verändert habe. Die Teilung der kapitalistischen Staaten in faschistische und demokratische hat jetzt die frühere Bedeutung verloren. Dementsprechend muss die Taktik geändert werden.*<sup>55</sup>

Dennoch lässt sich die These vertreten, dass das Umsiedlungsabkommen für Südtirol im sozialistischen Lager durchwegs auf Ablehnung stieß. Zum einen sind einige Biographien einst aktiver Sozialdemokraten und Kommunisten aus Südtirol bekannt, die sich wie wenige andere Südtiroler gegen das Auswandern und für das Beibehalten der italienischen Staatsbürgerschaft entschieden haben (sogenannte „Dableiber“)<sup>56</sup>. Zum anderen kennt

---

53 Infolge der Ereignisse des März 1938 berichtete die kommunistische Zeitung l'Unità: *Hitler hat versichert, dass die Brennergrenze für ihn heilig sei wie jene Frankreichs. Aber alle wissen, dass das Hitlerregime keines seiner Versprechen und Verheißungen gehalten hat (genauso wie Mussolini) und dass Hitler und seine Günstlinge das Elsass und Lothringen für sich beanspruchen. Und ist es weiters nicht etwa wahr, dass vor wenigen Wochen in München Plakate angeschlagen wurden, mit denen man Südtirol beanspruchte? Machen wir uns also nicht vor, die Brennergrenze sei zugesichert!* l'Unità (edizione clandestina), Anno XV, N. 4, o. S. (Übers. d. Verf.)

54 Vgl. Gaetano QUAGLIARELLO, Il PCI, il PCF e le conseguenze del patto Molotov-Ribbentrop, in: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale“: 1889–1953, hrsg. von Marina CATTARUZZA (Soveria Mannelli 2005) 241–296, hier: 257–268. Über die politischen Hintergründe des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts informiert Gerhard WETTIG, Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs: Welche Rolle spielte Stalin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2014) 171–189.

55 George Dimitroff. Tagebücher 1933–1943, hrsg. von Bernhard H. BAYERLEIN (Berlin 2000) 275.

56 Gegen die Abwanderung ins Deutsche Reich entschieden sich z.B. der Kommunist Silvio Flor junior und die Sozialdemokraten Anton Gruber und Lorenz Unterkircher. Siehe Kurzbiographien in Joachim GATTERER, Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in Tirol und Südtirol 1890–1991. Vorarbeiten und Quellensammlung für eine Dokumentation ihrer Geschichte (Innsbruck 2017) 658 f. und 662 f.

die Forschung mittlerweile eine Tarnschrift gegen das deutsch-italienische Umsiedlungsabkommen, die vom links-intellektuellen Schriftsteller Heinrich Mann verfasst und 2011 von Leopold Steurer wiederentdeckt wurde<sup>57</sup>.

### 3. 1945–1992: Die Südtirolfrage in der Zeit des Kalten Krieges

#### Sozialistische Differenzen rund um die Einheitsregion Trentino-Südtirol

Sieben Jahre nach Abschluss des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens für Südtirol hatte sich die politische Rahmensituation um Tirol und Südtirol mit dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition erneut einschneidend verändert. Im Gegensatz zur Regelung der europäischen Nationalitätenfragen in den Jahren 1919/20 war nunmehr Sowjetrussland bzw. die Sowjetunion nicht mehr von diesem Entscheidungsprozess ausgeschlossen, sondern neben den USA und Großbritannien in die Regelung der europäischen Grenzfragen involviert. Wie sich bald herausstellte, sollte die Südtirolfrage für Stalin allerdings keine Priorität haben, da sie die sowjetische Einflussphäre (im Gegensatz zur italienisch-jugoslawischen Grenzfrage)<sup>58</sup> geographisch nicht tangierte und de facto ein innerwestliches Problem darstellte<sup>59</sup>.

Nachdem Südtirol 1945 von den Alliierten militärisch besetzt und auf den internationalen Friedensverhandlungen von Paris 1946 erneut Italien zugeschlagen worden war, übten die italienischen Übergangsregierungen der Jahre 1945–1948 den unmittelbarsten Einfluss auf die Lösung der Südtirol-

---

57 Heinrich Manns Tarnschrift ist abgedruckt in Leopold STEURER, Anno Neun aus der Sicht von außen. Andreas Hofer und die Südtiroler Umsiedlung im Spiegel der internationalen Presse 1939, in: Deutsche! Hitler verkauft Euch! Das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol, hrsg. von Günther PALLAVER, Leopold STEURER (Bozen 2011) 111–158, hier 125–128.

58 Elena AGA-ROSSI, Il PCI tra identità comunista e interesse nazionale, in: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale“: 1889–1953, hrsg. von Marina CATTARUZZA (Soberia Mannelli 2005) 297–320, hier: 314–320. Ausführlich informiert Patrick KARLSEN, Frontiera rossa. Il Pci, il confine orientale e il contesto internazionale 1941–1955 (Gorizia 2010).

59 Vgl. Michael GEHLER, Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten (Innsbruck 1996) 557–570; Wolfgang MUELLER u.a.: Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Einführung zu den Dokumenten, in: Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven, hrsg. von DERS. u.a. (Wien 2005) 19–55, hier: 35–43.

frage aus. Als Mitglieder des Nationalen Befreiungskomitees („Comitato di Liberazione Nazionale“, CLN) waren nun auch italienische Sozialisten und Kommunisten in Ministerposten vertreten, an den Arbeiten der Verfassungsgebenden Versammlung (*Costituente*) beteiligt und damit in die Verabschiedung der ersten Autonomieregelung für Südtirol auf Basis des Gruber-De Gasperi-Abkommens involviert<sup>60</sup>.

Die sozialistischen und kommunistischen Positionen zur Tiroler Nationalitätenfrage hatten sich durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und insbesondere die deutsche Besatzung Norditaliens in den Jahren 1943–1945 jedoch erheblich gewandelt. Hatte eine Gruppe prominenter sozialistischer Exil-Italiener in den USA in einem „Italienischen Manifest“ vom Sommer 1944 noch vermutet, *Sie [die Italiener] werden freiwillig – dessen sind wir sicher – die Kontrolle über einige kompakte deutsche oder slawische Gruppen im äußersten Norden und Nordosten der Halbinsel abgeben*<sup>61</sup>, so stellte sich bereits im Herbst 1945 heraus, dass diese Position weder von der Mehrheit der sozialistischen Partei, noch von der KPI-Führung vertreten wurde. KPI-Generalsekretär Palmiro Togliatti, der in Moskau zuvor hochrangiger Kominternfunktionär gewesen war, rechtfertigte die Beibehaltung der Brennergrenze für Italien unter Berufung auf ihre militärstrategische Bedeutung<sup>62</sup>, stellte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol allerdings weitreichende Autonomierechte in Aussicht<sup>63</sup>. Für die Ausgestaltung dieser Autonomie legten die Kommunis-

60 Hans WOLLER, *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert* (München 2010) 213 ff.

61 Aus dem „Italienischen Manifest“ von Arturo Toscanini, Randolfo Pacciardi, Lionello Venturi und Gaetano Salvemini, welches im Sommer 1944 in der amerikanischen Zeitschrift *Life* publiziert wurde, zitiert nach Claus GATTERER, *Der Freund stand links. Italienische Beiträge zur Diskussion um Südtirol*, in: FORVM 101:IX (1962) 193 ff., hier: 193.

62 Zur militärstrategischen Bedeutung der Brennergrenze publizierte Friedrich Engels bereits 1859 ausführliche Überlegungen: *Ein taktischer Vorteil kommt den Deutschen außerdem noch zugut: Auf der ganzen deutschen Grenzlinie ist bei allen wichtigen Pässen [Pässen] – das Stilsfer Joch ausgenommen – die Wasserscheide auf deutschem Gebiet. (...) Solange die Schweiz neutral bleibt, ist also Tirol, und sobald die Neutralität der Schweiz aufhört, ist Graubünden und Tirol (das Inntal und Rheintal) der geradeste Weg für ein deutsches Heer, das gegen Italien operiert. Auf dieser Linie drängen die Hohenstaufen nach Italien; auf keiner andern kann ein militärisch wie ein Staat agierendes Deutschland mit raschen Schlägen entscheidend in Italien wirken.* Friedrich ENGELS, *Po und Rhein*, in: Karl MARX, Friedrich ENGELS: *Werke*, Bd. 13 (Berlin 1971) 236.

63 *Es gibt aber diesseits des Brenners Deutsche. Das stimmt, und wir werden ihnen alle möglichen Autonomien und nationalen Freiheiten geben; aber die Tatsache, dass der Brenner unsere Grenze bleibt, hat beinahe die Bedeutung eines Grundprinzips – gerade heute, wo ganz Europa aufgrund der deutschen Verbrechen noch zittert und blutet und das Problem Deutschland noch lange nicht als gelöst betrachtet werden kann.* Palmiro TOGLIATTI, *Il problema delle frontiere*, in: *l'Unità* (edizione set-

ten in der Verfassungsgebenden Versammlung ab 1946 entsprechende Vorschläge vor, die sich in ihrer Substanz mit der 1948 in Kraft getretenen ersten Autonomieregelung für Südtirol weitgehend decken<sup>64</sup>.

Den wesentlichen Kritikpunkt der deutschsprachigen und ladinischen Südtiroler am Ersten Autonomiestatut stellte die Konstituierung der Einheitsregion Trentino-Südtirol dar, zumal in dieser autonomen Verwaltungseinheit durch Einbeziehung des Trentino gezielt eine italienische Bevölkerungsmehrheit (und damit eine Hegemonie nationaler Parteien unter DC-Führung) geschaffen wurde, was die Autonomieregelung für Südtirol drastisch entkräftete. Diese Einheitsregion galt sowohl in Italiens bürgerlich-nationalistischen Parteien als auch unter den italienischen Sozialisten und Kommunisten bereits als Maximalzugeständnis an die NS-kompromittierten Südtiroler<sup>65</sup> und wurde nur vom Trentiner Sozialisten Gigino Battisti (dem Sohn Cesare Battistis) als unzureichend empfunden<sup>66</sup>. Südtirols Sozialdemokraten und Kommunisten hatten 1946 hingegen unisono mit den Tiroler

---

tentrionale), (14.9.1945) 1, abgedruckt in: Akten und Dokumente des PCI zur Südtirolpolitik ab 1930, hrsg. von Silvio FLOR [gebundene Dokumentensammlung ohne Datum], einsehbar in der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann, Magazinbestand, Signatur IV 85.809. (Übers. d. Verf.)

64 Die KPI veröffentlichte einen im Rahmen der Arbeiten der Costituente vorgebrachten Gesetzesentwurf ihres Genossen Ruggero Grieco, in dem u.a. folgende Passagen enthalten sind: *Das Staatsgebiet ist in autonome Regionen, Regionen und Gemeinden unterteilt. Autonome Regionen sind Sizilien, Sardinien, das Aostatal, Trentino-Südtirol. (...) Den autonomen Regionen sind im Rahmen der territorialen Einheit des Staates und gemäß den Verfassungsgesetzen juristische Sonderbedingungen eingeräumt (Statute der autonomen Regionen). (...) Die Regionen bestehen aus autarken Einheiten und sind mit eigenen Rechten gemäß den in der Verfassung festgeschriebenen Prinzipien ausgestattet. Ferner werden den Regionen all jene staatlichen Dienstleistungen übertragen, die gemäß dem Gesetz zur Reorganisation der staatlichen Dienstleistungen sinnvollerweise dezentralisiert werden können. Zur Erfüllung der eigenen Verwaltungsaufgaben und jener, die sich in der Kompetenz des Staates befinden, und die dieser der Region zur Durchführung anvertraut, wird die Region in technisch-administrative Zuständigkeitsgebiete (Provinzen) eingeteilt.* Ruggero GRIECO, I Comunisti e la creazione dell'Ente Regione [ohne Ort 1946/47], abgedruckt in Joachim GATTERER, Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in Tirol und Südtirol 1890–1991. Vorarbeiten und Quellensammlung für eine Dokumentation ihrer Geschichte (Innsbruck 2017) 578–583.

65 Vgl. die oben zitierte Argumentation Palmiro Togliattis sowie Claudio NOLET, La questione internazionale dell'Alto Adige Südtirol, in: I socialisti e la questione sudtirolese, hrsg. von Circolo Culturale „G. Salvemini“ (Bolzano 1978) 4–18, hier: 16.

66 *Die Trientiner Sozialisten lehnen den Vorschlag einer einzigen Autonomie für die ganze, die beiden Provinzen Bozen und Trient umfassende Region ab. Die Resolution verfiel den Gedanken, daß die „tridentinische Regionalautonomie das Resultat eines Konsortiums zweier Autonomien sein soll: jener für Trient und jener für Südtirol“. Die Sozialisten befürchten, daß in einer gemeinsamen Verwaltung, in welcher die Mehrheit italienisch wäre, sich zum Schaden des deutschsprachigen Teils die gleiche wirtschaftliche und politische Unterdrückung wiederholen könnte, die auf dem Trentino lastete,*

Vertretern von SPÖ und KPÖ<sup>67</sup> wie bereits 1919/20 das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol gefordert<sup>68</sup>. Das Scheitern der proösterreichischen Initiativen<sup>69</sup> bzw. die Durchsetzung der italienischen Position trug neben den drastischen Auswirkungen der politisch motivierten Umsiedlungen (die sozialistische Arbeiterschaft Südtirols war nach 1945 mehrheitlich italienisch- und nicht mehr deutschsprachig) zur Verfestigung der nationalen Gegensätze innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung in Südtirol bei. Das Resultat zeigte sich 1946 u.a. im Austritt von Silvio Flor jun. aus der KPI und in der Wiedergründung einer unabhängigen, jedoch kurzlebigen Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SDPS)<sup>70</sup>.

### Sozialdemokraten und Kommunisten als Promotoren des Zweiten Autonomiestatuts

Der Beginn des Kalten Krieges 1947/48 legte ein Nachjustieren der Autonomieregelung für Südtirol bis hin zu einer möglichen Grenzberichtigung zugunsten Österreichs vorerst auf Eis, da sowohl die USA als auch die Sowjetunion und alle europäischen Staaten an der Aufrechterhaltung eines innereuropäi-

---

*als dieses ein Teil Österreichs war.* Gigino Battisti zitiert nach Claus GATTERER, Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien (Wien–Frankfurt–Zürich 1968) 964.

67 Die Tiroler KPÖ-Zeitung berichtete am 3. Mai 1946 über den „Generalstreik für die Rückkehr Südtirols“ wie folgt: *Die Bekanntgabe des Beschlusses der Pariser Konferenz über Südtirol hat in ganz Tirol, besonders in Innsbruck, eine tiefe Bewegung ausgelöst. Heute früh, am 2. Mai, traten die Tiroler Arbeiter, Angestellten und Beamten aus Protest gegen den Beschluß in den Generalstreik. Bis 12 Uhr mittags standen der Verkehr und alle Betriebe still. Durch Plakate und Flugblätter wurde zu einer Protest- und Sympathiekundgebung vor dem Landhaus in Innsbruck aufgerufen (...) Allerdings werden Losungen wie „Gebt uns Waffen“, „Auf zum Brenner“ und „Degasperi gehört nach Mauthausen“, nicht den von uns allen gewünschten Eindruck einer demokratischen Forderung hervorrufen, sondern könnten im Gegenteil nur den entgegengesetzten Eindruck erwecken.* Tiroler Neue Zeitung (Innsbruck, 3.5.1946) 1.

68 Die Sozialdemokratische Partei Südtirols (SDPS) erklärte in ihrem Programm vom 5. Mai 1946: *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß die Grundlage jeder sozialistischen Bewegung sein, ihr Ziel, ihre Seele. Die S.D.P.S. fordert daher für Südtirol das Selbstbestimmungsrecht, damit der Wille der bodenständigen Bevölkerung vor aller Welt festgestellt wird. (...) Südtirol soll kulturelle und wirtschaftliche Brücke sein zwischen Nord und Süd.* Bozen, Südtiroler Landesarchiv, Archiv der Sozialen Fortschrittspartei (SFP), Faszikel zur Sozialdemokratischen Partei Südtirols 1946.

69 Für die Entwicklung eines Österreichbewusstseins in Abgrenzung zu Deutschland lieferte der österreichische Kommunist Alfred Klahr 1937 bedeutende theoretische Überlegungen. Siehe Alfred KLAHR, Zur österreichischen Nation (Wien 1994).

70 Klara RIEDER, Silvio Flor. Autonomie und Klassenkampf. Die Biografie eines Südtiroler Kommunisten (Bozen 2007) 130–135.

schen Gleichgewichts unter Einhaltung der Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz interessiert waren. Die Rückerlangung der vollen Staatssouveränität Österreichs im Jahr 1955 eröffnete jedoch immerhin die Möglichkeit, die Südtirolfrage auf Grundlage des Gruber-De Gasperi-Abkommens nochmals auf zwischenstaatlicher Ebene zu behandeln. Die gemeinsame Integration in die westliche Wertegemeinschaft – nicht nur des NATO-Mitglieds Italien, sondern auch des neutralen Österreich – hatte hierfür eine weitere wichtige Voraussetzung geschaffen<sup>71</sup>.

In diesem Kontext wurde die Südtirolfrage in den späten 1950er-Jahren von der konservativ-deutschnationalen Wehrmachtsgeneration der Südtiroler, nicht von sozialistischen Parteien, neu aufgerollt. Silvius Magnago hatte innerhalb der SVP die ältere, bürgerliche Honoratiorenriege abgelöst und 1957 auf einer öffentlichkeitswirksamen Protestkundgebung abermals die Realisierung der Autonomie für Südtirol unter völkisch-naturrechtlichen Gesichtspunkten gefordert („Los von Trient“)<sup>72</sup>. Unter dem Eindruck sozialer und ökonomischer Marginalisierung hatte sich mit dem Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) aus diesem Umfeld zeitgleich eine außerparlamentarische Gruppe gebildet, die mit Sprengstoffanschlägen die Maximalforderung der Rückgliederung Südtirols an Österreich erzwingen wollte<sup>73</sup>. Im Verlauf der 1960er-Jahre wurden die Attentate dieser ersten katholisch-deutschnational gesinnten Südtiroler um Sepp Kerschbaumer und Georg Klotz zunehmend von neonazistischen Kreisen aus der Bundesrepublik Deutschland und Österreich fortgesetzt und für eigene Zwecke – die Destabilisierung der 1945 getroffenen Grenzregelungen in Europa – missbraucht<sup>74</sup>.

---

71 Vgl. Eric HOBBSBAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München 1998) 318 f.; Günther PALLAVER, *South Tyrol. Ethnic Winner in the Cold War*, in: *Ethnicity, Nationalism and the European Cold War*, hrsg. von Robert KNIGHT (London-New York 2012) 145–169, hier: 155 f.

72 Vgl. Michael GEHLER, *Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion* (Innsbruck-Wien 2008) 282–288.

73 Über den Südtirolterrorismus informieren ausführlich Christoph FRANCESCHINI, *Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol*, in: *Handbuch zur neueren Geschichte Tirols. Band 2, Zeitgeschichte. 1. Teil, Politische Geschichte*, hrsg. von Anton PELINKA, Andreas MAISLINGER (Innsbruck 1993) 468–507. Hans Karl PETERLINI, *Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happyend?* (Bozen 2005).

74 Claus GATTERER, *Südtirol und der Rechtsextremismus*, in: Claus Gatterer, *Aufsätze und Reden*, hrsg. von Michael-Gaismair-Gesellschaft (Bozen 1991) 285–309, hier: 298–303.

Die Parteien des sozialistischen Spektrums in Italien, Österreich und Südtirol reagierten mit unterschiedlichen Initiativen auf den politischen Druck, der Ende der 1950er-Jahre von Seiten der SVP und des BAS erzeugt worden war. Auf österreichischer Seite griff die Sozialdemokratie die Forderung der SVP in Person des damaligen Außenministers Bruno Kreisky auf höchster Ebene auf. Ab 1959 setzte Kreisky entscheidende diplomatische Schritte, die auf eine Erreichung der Südtirolautonomie über Verhandlungen mit Italien abzielten. Auch im Sinne einer Aufwertung Österreichs in der internationalen Staatengemeinschaft erreichte Kreisky 1960 die Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die Italien und Österreich nach 1946 abermals zu bilateralen Gesprächen über die Südtirolfrage aufforderte<sup>75</sup>. Kreisky selbst brachte die angestoßenen Verhandlungen 1964 schließlich zu einem ersten Ergebnis. Das Abkommen mit seinem italienischen Amtskollegen, dem Sozialdemokraten Giuseppe Saragat (PSDI), sah eine Verlagerung von Kompetenzen der Einheitsregion Trentino-Südtirol auf die getrennten Provinzen Trient und Bozen vor sowie die Einrichtung einer internationalen Schiedskommission für etwaige weitere Streitfragen<sup>76</sup>.

Anders als von Kreisky beabsichtigt, sollte sein Abkommen mit Saragat indes nur ein Zwischenergebnis bleiben, da die Kompetenzübertragungen von Rom und Trient nach Bozen sowie die internationale Absicherung der neuen Autonomieregelung von der Südtiroler Volkspartei als zu gering befunden wurden. Dabei schreckten Tiroler und Südtiroler Politiker auch vor einer Desavouierung des aufstrebenden Sozialdemokraten Kreisky nicht zurück. Diese erfolgte schließlich mit der Ablehnung des Kreisky-Saragat-Abkommens durch die Nord- und Südtiroler Landesvertretungen von ÖVP und

---

75 Die UN-Resolution Nr. 1497 (XV) vom 31. Oktober 1960 ist abgedruckt in Rolf STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente (Innsbruck–Wien 1999) 293 f.

76 Bruno Kreisky hielt zum Ergebnis seiner Verhandlungen mit Saragat 1965 in einem Bericht fest: *Das bisherige Ergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß a) hinsichtlich der Form, in der die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Österreich und Italien über die Anwendung des Pariser Abkommens beendet werden soll (...) eine Annäherung erzielt wurde; b) hinsichtlich der Verwirklichung der Beschlüsse der „Neunzehner-Kommission“ die Zahl der Sachgebiete, über die Meinungsverschiedenheiten bestanden, von ursprünglich 110 auf 16 reduziert werden konnte (...) Da auch nach der Pariser Begegnung noch wesentliche Punkte offen geblieben sind, auf die die Betroffenen nicht verzichten zu können glauben, konnten die Verhandlungen nicht abgeschlossen werden.* Bruno Kreisky zitiert nach STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente 370. Siehe auch Rolf STEININGER, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Bd. 3: 1962–1969 (Bozen 1999) 234–238.

SVP, worauf Kreisky seine Zusammenarbeit mit der Südtiroler Volkspartei einstellte und parallel zum Ausscheiden der SPÖ aus der österreichischen Bundesregierung 1966 die Gründung der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols (SFP) unterstützte<sup>77</sup>. Die bis 1978 im Südtiroler Landtag vertretene SFP vertrat Kreiskys Lösungsvorschlag fortan im politischen Diskurs Südtirols<sup>78</sup>, übte als Oppositionspartei mit geringem Wählerzuspruch aber faktisch keinen Einfluss auf die Autonomieverhandlungen aus.

Auch die italienischen Linksparteien hatten das erneute Aufflammen der Südtirolfrage in den späten 1950er-Jahren als Steilvorlage genutzt. Da sich sowohl PSI als auch KPI in Trient, Rom und Bozen in Opposition befanden, gab ihnen die Forderung der SVP nach mehr Autonomie für Südtirol die Möglichkeit, die Politik der regierenden Christdemokraten (DC) als verfehlt zu kritisieren. Vor allem die KPI, die aufgrund der Logik des Kalten Krieges auf absehbare Zeit von der Staatsregierung ausgeschlossen war, forcierte in ganz Italien früh ihre Regionalpolitik, mit dem Ziel, auf diesem Weg gewissermaßen über die Hintertür zur Macht zu gelangen<sup>79</sup>. Diese Strategie sah für Südtirol zweierlei Aktivitäten vor: Auf parlamentarischer Ebene wurde der SVP eine Zusammenarbeit angeboten, die Senator Mauro Scoccimarro bereits 1956 in Bozen ausführlich darlegte. Dabei war die KPI zwar nicht bereit, von der Brennergrenze und der Einheitsregion Trentino-Südtirol abzurücken, erkannte allerdings eine reale Benachteiligung der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung an, die durch eine Neujustierung der Autonomie für Südtirol aufgehoben werden müsse<sup>80</sup>. Im Bereich der Parteioorganisation

---

77 STEININGER, *Diplomatie und Terror* Bd. 3, 238–248 u. 442–467; GATTERER, „rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol (Innsbruck–Wien–Bozen 2009) 47–51.

78 *Die Soziale Fortschrittspartei Südtirols vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß nur eine echte Landesautonomie, d.h. eine tatsächliche Selbstverwaltung der Südtiroler, die Südtirolfrage lösen kann. Da es sich um ein internationales Problem zwischen Österreich und Italien handelt, ist es auch selbstverständlich, daß jede neue Abmachung international fixiert und garantiert sein muß, so wie es z.B. die Außenminister Saragat und Kreisky im Dezember 1964 vorgesehen hatten.* Der Fortschritt (Bozen, 30.3.1967), 1.

79 Vgl. Aldo AGOSTI, *Storia del Partito comunista italiano 1921–1991* (Roma–Bari 1999) 54–62, 68–74.

80 *Der Autonomie muss das Prinzip zu Grunde liegen, dass hier die Bedingungen für ein dauerhaftes und friedliches Zusammenleben einer italienisch-deutschen Gemeinschaft, in welcher die freie Entfaltung beider Volksgruppen gesichert ist, geschaffen werden. Daher muss die deutsche Volksgruppe angezogen und zur Gänze in unser ziviles und politisches Leben und dessen Organisation, in die öffentlichen und privaten Institutionen, in die öffentliche Verwaltung einbezogen und mit öffentlichen*

bemühten sich die Kommunisten, diese internationalistische Gleichstellung deutsch- und italienischsprachiger Südtiroler praktisch umzusetzen, indem sie trotz ihrer fast ausschließlich italienischsprachigen Anhängerschaft konsequent als zweisprachige Partei auftraten und erhebliche Anstrengungen unternahmen, deutschsprachige Südtiroler zu rekrutieren. Bereits 1952 wurden mit logistischer Unterstützung der KPÖ in mehreren Südtiroler Dorfge-  
meinden unabhängige Bürgerlisten ins Leben gerufen, die einige Gemein-  
deratsmandate erreichen, aber sich langfristig nicht halten konnten<sup>81</sup>. 1973 gelang es, den langjährigen Sekretär der deutschsprachigen KPI-Landessektion, Josef Stecher, als ersten deutschsprachigen Südtiroler für eine gesamt-  
staatliche (italienische) Partei in den Südtiroler Landtag zu wählen, wobei die Stimmen für Stecher überwiegend aus der italienischen Arbeiterschaft gekommen waren<sup>82</sup>.

Für die italienischen Sozialisten erweiterten sich die Möglichkeiten einer aktiven Südtirolpolitik wiederum Anfang der 1960er-Jahre, als sich in Rom die Bildung einer ersten Mitte-Links-Regierung (*centro-sinistra*) abzeichnete<sup>83</sup>. In dieser Phase konnte der PSI mit dem Trentiner Sozialisten Renato Ballardini u.a. einen Vertreter in die parlamentarische Sonderkommission für Südtirol entsenden (sogenannte „Neunzehner-Kommission“), die im September 1961 im Anschluss an Kreiskys diplomatische Initiative bei den Vereinten Nationen und eine Serie von Sprengstoffanschlägen des BAS (so-

---

*Ämtern jedweden Grades und Ranges betraut werden. Entweder dient die Autonomie diesem Zwecke oder sie ist völlig sinnlos. Heute sind wir von einem solchen Ziel noch weit weg, ja es scheint sogar, dass wir uns davon entfernen.* Mauro SCOCCIMARRO, Die kommunistische Politik in Südtirol. Rede gehalten am 22. Jänner 1956 in Bozen (Bozen ohne Jahr), 48 Seiten, hier 40.

81 Ruggero Grieco bemerkte im Vorfeld der kommunistischen Wahlkampagne 1952, dass die politischen Initiativen *von deutschen Elementen initiiert werden müssten, vereinzelt dürfen auch Italiener dabei sein, weil es im Alto Adige auch Italiener gibt, aber die Mehrheit der Initiatoren von Kampagnen etc. müssen Deutsche sein.* Ruggero Grieco zitiert nach Joachim GATTERER, „Männer des Friedens in die Gemeinden!“ Wie Kommunisten aus Italien und Österreich 1952 damit begannen, in Südtirol eine „demokratische Massenbewegung“ aufzubauen, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft 3/20 (2013) 10–16, hier: 12.

82 Joachim GATTERER, „Alles geben, nichts erwarten!“ Die Kommunistische Partei Italiens in der Provinz. Ein Beitrag zur transregionalen Zeitgeschichtsschreibung in Südtirol, in: Regionale Zivilgesellschaft in Bewegung. Festschrift für Hans Heiss, hrsg. von Hannes OBERMAIR, Stephanie RISSE, Carlo ROMEO (Wien-Bozen 2012) 299–322, hier: 312–316.

83 Carlo ROMEO, L'avvio del centrosinistra in Italia e la questione altoatesina, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav PFEIFER, Maria STEINER (Bozen 2016) 87–95.

genannte „Feuernacht“) eingerichtet worden war, um Reformvorschläge für die Regionalautonomie Trentino-Südtirols zu erarbeiten<sup>84</sup>. Ebenso wie das Kreisky-Saragat-Abkommen brachten die Arbeiten der Neunzehner-Kommission wichtige Detailergebnisse, die Ende der 1960er-Jahre von christdemokratischen Alleinregierungen in Italien und Österreich schließlich zu einem umfassenden Maßnahmenkatalog (sogenanntes „Paket“) ausverhandelt wurden. Diese Neuregelung wurde vom italienischen Parlament mit Zustimmung der italienischen Linksparteien verabschiedet und trat 1972 als Zweites (erweitertes) Autonomiestatut für Südtirol in Kraft. Lediglich die SPÖ hatte dem Verhandlungsabschluss durch die ÖVP-Alleinregierung zuvor im Österreichischen Nationalrat ihre Zustimmung verweigert<sup>85</sup>.

### Die Haltung der Linken zum Südtirolterrorismus

Die offizielle Haltung der Linksparteien zum Südtirolterrorismus (der bis in die 1980er-Jahre andauerte, mit seiner Maximalforderung nach Sezession allerdings scheiterte) war in Österreich, Italien und Südtirol weitgehend, aber nicht vollends ablehnend. Die italienischen Sozialdemokraten und Kommunisten verurteilten die blutigen Anschläge als Ausdruck eines übersteigerten, chauvinistischen Nationalismus – und naturgemäß auch deshalb, weil speziell die ersten Anschläge auf Wohnbauten für italienische Arbeitsmigranten wesentlich gegen ihre Parteibasis gerichtet waren<sup>86</sup>. Vor allem KPI und KPÖ

---

84 Renato Ballardini bewertete die Neunzehner-Kommission 1964 wie folgt: *Ich glaube, daß die Neunzehner-Kommission gezeigt hat, wie italienische und Südtiroler Politiker mit Verständnis für ihre gegenseitigen Probleme miteinander diskutieren können. Die Resultate der Arbeiten der Kommission sind in ihren Einzelheiten zu spezialisiert und können daher nur ungenügend beurteilt werden. Der große Wert dieser Kommission besteht vor allem in ihrer symbolischen Bedeutung. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein Instrument geschaffen werden konnte, das es ermöglicht, das Gespräch zwischen der politischen Welt Italiens und der Südtiroler Bevölkerung wieder in Gang zu bringen. Man muß dieses Gespräch fortsetzen, weil es den richtigen Weg zur Lösung des Südtirolproblems darstellt. Den Weg zur Wiedererlangung des gegenseitigen Vertrauens, der der einzige ist, auf dem man eine endgültige Lösung für Südtirol finden kann.* Renato BALLARDINI, Die italienischen Sozialisten für Autonomie, in: Die Zukunft [Monatszeitschrift der SPÖ], März 1964, o. S. Siehe auch GATTERER, Im Kampf 1256–1261. Zu Renato Ballardini siehe auch dessen Memoiren. Renato BALLARDINI, I guizzi di un pesciolino ... rosso. Ricordi di vita e di politica (Trento 2007).

85 Michael GEHLER, Von New York nach Kopenhagen. Der Weg zum historischen Kompromiß, in: Südtirol im 20. Jahrhundert, Bd. 4, hrsg. von Gottfried SOLDNERER (Bozen 2002) 12–40, hier: 38 ff.

86 Der PSI-Abgeordnete Renato Ballardini bemerkte hierzu 1964: *Ein falscher Weg, der unrichtigste von allen, ist der des Quälens und des Terrorismus. Diese Methoden schaffen internationale*

betrachteten die Anschläge mit Blick auf die Stabilitätsinteressen der Sowjetunion zudem in einem überregionalen Kontext. Beide Parteien unterstrichen im Anschluss an die Feuernacht 1961 die Unverrückbarkeit der Brennergrenze, die maßgeblich von bundesdeutschen Rechtsextremisten (zu denen Südtiroler BAS-Mitglieder effektiv Kontakte unterhalten hatten)<sup>87</sup> in Frage gestellt würde, während die Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung mit den Anschlägen nichts zu tun habe<sup>88</sup>. Gleichzeitig antworteten die Kommunisten auf die Anschläge mit Abhaltung einer italienisch-österreichischen Gewerkschaftsversammlung in Bozen, die als Zeichen der Völkerfreundschaft organisiert wurde.

Innerhalb der Südtiroler Sozialdemokratie war die Ablehnung des Südtirolterrorismus weniger eindeutig. Die Führungsriege der Sozialen Fortschrittspartei sprach sich offiziell klar gegen die Sprengstoffanschläge und für die diplomatische Lösung der Südtirolfrage im Sinne Kreiskys aus<sup>89</sup>, und war in diesem Zusammenhang auch bereit, Allianzen mit den italienischen Sozial-

---

*Schwierigkeiten, zerstören das Vertrauen und ruinieren sowohl materielle Güter wie auch die Moral der Bevölkerung. Die Anwendung von Gewalt entfesselt Repressalien, schafft eine Spirale des Unheils und stärkt die Extremisten auf beiden Seiten.* BALLARDINI, Die italienischen Sozialisten für Autonomie, o. S.

87 GATTERER, Südtirol und der Rechtsextremismus 301 ff.

88 Die deutschsprachige Lokalzeitschrift der KPI titelte im Anschluss an die Feuernacht: *Naziverschwörung in Südtirol vom Grossteil der Südtiroler verurteilt! und veröffentlichte eine Resolution des Zentralkomitees der KPÖ: Wir Kommunisten sind stets für die Erfüllung der berechtigten Forderung der Südtiroler eingetreten. Die Kommunisten bekämpfen die Benachteiligung der Südtiroler bei der Wohnungszuweisung und bei der Arbeitsvermittlung, bei der Anstellung in den Staatsdienst und bei der Förderung der Landwirtschaft, im Schulwesen und beim Studium. (...) Die Auffindung eines grossen Lagers mit Sprengstoffen westdeutscher Fabrikation hat den neuerlichen Beweis dafür geliefert, dass die Drahtzieher und Ausbilder, die Hintermänner und Führer, die Sprengstofflieferanten und Befehlshaber des Bombenterrors ihren Sitz in Westdeutschland haben. Von dort aus werden auch die Fäden der extremistischen Südtirolpolitiker in Österreich und in Südtirol gezogen. Die westdeutschen Militaristen verfolgen mit der Schürung des Südtirolkonflikts das Ziel, den Brandherd nicht löschen zu lassen, ihm stets neu anzufachen, jede friedliche Lösung zu verhindern, durch die ununterbrochene Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften einen immer stärkeren Druck auf die österreichische Regierung auszuüben um sie schliesslich bis zur Aufstellung der Forderung nach einer Revision der Grenzen durch Lostrennung Südtirols von Italien unter der Losung der „Selbstbestimmung“ zu treiben. (...) Damit würde Österreich den erwünschten Präzedenzfall für die revanchistischen Forderungen der Bonner Militaristen liefern, die mit der heuchlerischen Losung der „Selbstbestimmung“ ihre weitgehenden imperialistischen Annexionsforderungen gegen die DDR, die CSSR, Polen und die Sowjetunion erheben.* Südtiroler Panorama (Bozen), 20. Juli 1961, 1 u. 4, einsehbar in: Rom, Fondazione Istituto Gramsci (FIG), Fondo PCI (APCI), Regioni e Province, Signatur 0479, 2632–1235.

89 *Im Interesse einer demokratischen friedlichen Lösung der Südtirolfrage wird die SFP weiterhin an ihrem Konzept einer echten, international verankerten Landesautonomie festhalten. Nur eine solche Lösung entspricht tatsächlich den Erfordernissen der Südtiroler Bevölkerung und den Prinzipien des demokratischen Sozialismus.* Der Fortschritt (Bozen, 30.3.1967) 1.

listen einzugehen. Anlässlich der Wahlen zum italienischen Parlament empfahl sie 1972 in Ermangelung eigener Erfolgsaussichten die Wahl des Trentiner Sozialisten Ballardini<sup>90</sup>, der sich in der Neunzehner-Kommission konstruktiv für die Lösung der Südtirolfrage eingesetzt hatte (siehe oben). Diese Wahlempfehlung für einen italienischen Kandidaten wurde jedoch nicht von der gesamten SFP mitgetragen und führte zur Parallelgründung der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS). Sie verstand sich als ethnisch geschlossene Partei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler, wofür vor allem ihr Spitzenvertreter, der ehemalige SVP-Kammerabgeordnete Hans Dietl Bürgerschaft leistete<sup>91</sup>. Der aus kleinbäuerlichem Milieu stammende Dietl hatte auch in den Reihen der Volkspartei zu den nationalen Hardlinern gezählt, im römischen Parlament gegen die Annahme des Zweiten Autonomiestatuts gestimmt und zuvor Kontakte zum Befreiungsausschuss Südtirol unterhalten, dessen politische Linie in der SPS-Parteizeitung offen gewürdigt wurde<sup>92</sup>.

Inoffiziell reichten die Sympathien für die Gründer des Befreiungsausschusses allerdings auch in die Reihen der KPI und der SPÖ hinein. Der Trentiner Rechtsanwalt und KPI-Regionalratsabgeordnete (später Abgeordneter der „Neuen Linken/Nuova sinistra“) Sandro Canestrini verteidigte die wegen Mordes angeklagte BAS-Gruppe um Sepp Kerschbaumer 1963 vor einem Mailänder Schwurgericht, um solcherart zu einer Offenlegung der Motive und einer sozialen Befriedung des Südtirolkonflikts beizutragen<sup>93</sup>.

---

90 Die Wahlempfehlung ist abgedruckt in der Parteizeitung der SFP, *Der Fortschritt* (Bozen), (4.5.1972) 1 f.

91 GATTERER, „rote milben im gefieder“ 47–51.

92 *Das in Sigmundskron in einer demokratischen Massenkundgebung geforderte ‚Los von Trient‘ wurde mit Hohn und Spott überschüttet. Erst als einige beherzte Männer zu außerparlamentarischen Mitteln griffen, begann man sich etwas zu besinnen. In langwierigen Verhandlungen knauserte man um jedes Zugeständnis damit wir wieder mürbe werden. Den Schlußpunkt soll das sogenannte ‚Paket‘ bilden: es ist aber für uns nur ein Fortschritt, kein Schlußpunkt.* Silvio FLOH, Nach 55 Jahren Sozialdemokraten im Landtag als zweite politische Kraft, in: *Südtiroler Nachrichten* (Bozen, 12.1973) 3.

93 *Als wir die Verteidigung übernommen haben, haben wir unsere Mandanten nicht im unklaren gelassen, sondern zu ihnen gesagt: Wir sind bereit, alle ideellen, moralischen und politischen Beweggründe eures Protestes gegen die Art und Weise hervorzuheben, wie die Mächtigen dieser Erde euch nicht nur anno 1809, sondern auch 1945 behandelt haben; wir sind als Italiener und Demokraten dazu bereit, alle Mängel und Unterlassungen zum Schaden eurer Heimat anzuprangern. Wir wollen aus dem Mailänder Prozeß ein Mittel machen, im Rahmen berechtigter Forderungen eine Besserung herbeizuführen, und das nicht nur in Bozen, sondern auch in Rom. Wir haben aber sogleich hinzugefügt, daß wir uns als Verteidiger niemals dazu hergeben werden, mit den Druckmitteln und den vom Rassenhaß diktierten Spekulationen gemeinsame Sache zu machen, die hinter euren Rücken gewisse*

Auch Bruno Kreisky hatte Mitglieder des BAS in Wien persönlich zum Gespräch empfangen, erklärte aber später in seinen Memoiren, den Männern von terroristischen Aktivitäten ausdrücklich abgeraten zu haben<sup>94</sup>. Dass sich der italienische Verleger und revolutionäre Untergrundaktivist Giangiacomo Feltrinelli für die Anschläge des Befreiungsausschusses interessierte, während seines Aufenthalts in Meran 1964 jedoch nicht mit den BAS-Kreisen in Verbindung treten konnte, soll an dieser Stelle nochmals unterstreichen, wie groß die ideologische Distanz des Südtirolterrorismus zur Geisteswelt der kommunistischen, nicht-chauvinistischen Befreiungsbewegungen der 1960er-Jahre und 70er-Jahre (Cuba, Algerien, Vietnam u.a.) letzten Endes war<sup>95</sup>. Die Verwicklungen osteuropäischer Geheimdienste in den Südtirolterrorismus stellten wiederum den Versuch dar, die Situation in Südtirol für eine propagandistische Kompromittierung des Westens auszunutzen, hatten letztlich aber keine entscheidenden Auswirkungen auf den Lösungsverlauf des Südtirolkonflikts<sup>96</sup>.

### Kritik der Neuen Linken am Zweiten Autonomiestatut

Die Umsetzung der ersten Maßnahmen des Zweiten Autonomiestatuts führte parallel zum Verschwinden der Südtiroler Sozialdemokratie um die Parteien SFP und SPS in den späten 1970er-Jahren auch dazu, dass der deutsch-national-rechtsextreme Südtirolterrorismus allmählich abebbte<sup>97</sup>. Der so-

---

*wohlbekannte extremistische Kreise westdeutscher Prägung im Schilde führen.* Sandro CANESTRINI, Plädoyer. Allgemeiner Teil, in: Der Mailänder Prozeß. Plädoyers der Verteidigung (Wien-Frankfurt-Zürich 1969) 384 f.

94 *In Südtirol gab es Tendenzen, den Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht durch Terrorakte größeren Nachdruck zu verleihen. Ich habe die maßgebenden Vertreter dieser Richtung – integre, ehrliche, knorrige Typen – zu mir nach Hause eingeladen und sie dringend vor solchen Aktionen gewarnt. Aus dem Umstand, daß ich sie freundschaftlich empfang, wurden sehr bösertige, entgegengesetzte Schlüsse gezogen.* Bruno KREISKY, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988) 158. Vgl. Christoph FRANCESCHINI, Bruno Kreisky und die Attentäter – Mythos und Wirklichkeit, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav PFEIFER, Maria STEINER (Bozen 2016) 123–152.

95 Zu Feltrinellis Interesse am Südtirolkonflikt siehe Gerald STEINACHER, Giangiacomo Feltrinelli, ein Flugblatt und Südtirols Bombenjahre, in: Skolast. Zeitschrift der Südtiroler HochschülerInnenschaft 2 (2003) 74–78.

96 Vgl. Thomas REGER, „Wir setzen uns rein und mischen da richtig mit“: Die DDR-Staatsicherheit und der Südtirolkonflikt, in: Zeitgeschichte 3 (2013) 166–180, hier: 177.

97 Günther PALLAVER, Die Befriedung des Südtirolterrorismus. Verhandlungen, Konkordanzdemokratie, Machtteilung, in: Politika11. Jahrbuch für Politik, hrsg. von DERS. (Bozen

ziale Aufschwung, den die deutschsprachige und ladinische Bevölkerung im Zuge des Ausbaus der lokalen Selbstverwaltung nunmehr erlebte, schuf jedoch eine neue nationale Schieflage, da der positive Entwicklungstrend teilweise auf Kosten der italienischsprachigen Bevölkerung erfolgte. Mit Beginn der Arbeitsplatzvergabe in der öffentlichen Verwaltung nach dem 1976 eingeführten „ethnischen Proporz“ reduzierten sich Berufschancen, öffentliche Finanzressourcen und damit Zukunftsperspektiven gerade für die italienischsprachige Bevölkerung Südtirols, die in der Öffentlichen Verwaltung bis dahin vorwiegend beschäftigt gewesen war<sup>98</sup>. Als jene Parteien, die den ethnischen Proporz in den 1960er-Jahren ausverhandelt und mit Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts im Parlament verfassungsrechtlich verankert hatten, verloren sowohl Christdemokraten als auch die italienischen Linksparteien über die 1980er-Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen in Südtirol drastisch an Zustimmung<sup>99</sup>. Das parallel zur Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts ansteigende Unbehagen der Italiener Südtirols (sogenannter „Disagio“) konnten vor allem die italienischen Neofaschisten (Movimento Sociale Italiano, MSI) auffangen. Deren seit 1948 praktizierte Totalverweigerung gegenüber der Südtirolautonomie verschärfte die politische Lage in der Region, wobei der MSI nach Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts bis weit in die 1990er-Jahre hinein stur auf einer Totalrevision dieser Regelung beharrte<sup>100</sup>.

Demgegenüber formulierte die aus der 68er-Bewegung hervorgegangene Neue Linke/Nuova sinistra bereits Ende der 1970er-Jahre konstruktive

---

2011) 427–453, hier: 445–451.

98 Giovanni POGGESCHI, *Der ethnische Proporz*, in: *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol*, hrsg. von Joseph MARKO (Baden-Baden 2005) 322–331.

99 1978 hielten Kommunisten, Sozialisten, deutsche und italienische Sozialdemokraten und die Neue Linke im Südtiroler Landtag gemeinsam sieben Mandate, die Democrazia Cristiana vier Mandate und der MSI ein Mandat. 1993 kam der Partito Democratico della Sinistra als einzig verbliebene italienische Linkspartei auf ein Mandat, die DC-Nachfolgepartei Partito Popolare auf zwei Mandate und der MSI auf vier Mandate. *Südtirol Handbuch* hrsg. von der Autonomen Provinz Bozen (Bozen 2007) 80, 84.

100 Günther PALLAVER, *Südtirols politische Parteien 1945–2005*, in: *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen*, hrsg. von Giuseppe FERRANDI, Günther PALLAVER. (Trient 2006) 589–628, hier: 615 f. Zum Unbehagen (Disagio) der Italiener Südtirols seien folgende zwei Publikationen exemplarisch genannt: Hartmann GALLMETZER, *Meine Heimat Südtirol – mein Vaterland Italien. Ein Gespräch mit Romano Viola* (Bozen 1999); Lucio GIUDICEANDREA, Spaesati. *Italiani in Südtirol* (Bozen 2007).

Kritik an der bisherigen Autonomiepolitik und dabei auch an den entsprechenden Positionen von Sozialdemokraten und Kommunisten<sup>101</sup>. Ihr Spitzenexponent Alexander Langer lehnte den ethnischen Proporz ab; im Gegensatz zum MSI ging Langer die Autonomieregelung für Südtirol allerdings nicht weit genug. Seine Vorschläge verstanden sich als Ausbau des Zweiten Autonomiestatuts hin zu einer territorialen Selbstverwaltung für Südtirol, die nicht mehr von getrennten Sprachgruppenmilieus, sondern von einer homogenen „interethnischen“ Regionalkultur und entsprechend einheitlichen (nicht sprachlich getrennten) Institutionen getragen werden sollte<sup>102</sup>.

1981 erlebte der von Langer angestoßene Kampf gegen den ethnischen Proporz einen ersten Höhepunkt, als im Zuge der staatlichen Volkszählung

---

101 1. Die Südtiroler Autonomie wurde nicht von „unten“ her, von links, auf fortschrittlichem oder demokratischem Wege erkämpft. Ihre Herkunft (bürgerlicher Autonomismus, konservative bis reaktionäre SVP-Hegemonie im Kampf um nationale Rechte, Geheimverhandlungen, Attentate, zwischenstaatliche Ebene, innerstaatliche bürg. Kräfte, usw.) kann sie daher nicht verleugnen. Die „Linke“, die „Arbeiterbewegung“ hatte im Grunde kein Modell, keine eigene Vorstellung über Autonomie und Regelung der Minderheitenfrage. So blieb sie subaltern. 2. Somit wurde die spezifische Form der Südtiroler Autonomie (II. Fassung: Paket) sehr wesentlich vom Interessensausgleich der beteiligten bürgerlichen Kräfte geprägt: wobei die Südtiroler durch recht kleinkarierte Krämerbourgeois vertreten waren, deren Autonomievorstellungen ihrerseits eher einer Wäscheliste als einem globalen Konzept glichen, weil sie zuviele lokale Interessen vermitteln mußten. (...) 10. Die Arbeiterbewegung und „die Linke“ hat gegenüber Minderheitenfragen und im besonderen der Südtiroler Autonomieproblematik insgesamt (und zurecht) ein schlechtes Gewissen gezeigt – und auch viele und schwere Lücken in Bezug auf Information und Erarbeitung von Positionen. (...) So kam es zur „linken“ (PCI, PSI) Paket-Absegnung im Parlament: aus Überzeugung, daß man historisch nichts besseres im Auge hatte; aus Verlegenheit („kleineres Übel“ gegenüber der schwelenden Südtiroler-Problematik); aus Einsicht in die politischen Zwänge. Mehr und mehr wurde aber diese, recht problematische, Zustimmung empathisiert und als autonomistische Visitenkarte herumgereicht: auch eine Art „linker Opferpolitik“, indem man sich durch Vorleistungen beim Klassenfeind genehm machen wollte – und vergaß, daß dieser dadurch immer mehr Appetit bekommt und die Vorleistungen nicht einmal honoriert. Alexander LANGER, Autonomie, Proporz, Arbeiterbewegung, unveröffentlichtes Typoskript vom 3. Mai 1979, einsehbar in der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann, Signatur III Z 1.213.

102 Proporzgesellschaft ist immer mehr im Kommen (der Proporz ist die eigentlich „regulative Idee“ der SVP-Autonomiepolitik); klassen- und gesellschaftsspaltende Tendenzen werden offenkundig; ethnozentrische Prozesse überlagern soziale und politische Dynamiken (...) eine Optionsvolkszählung ist als allgemeines Bereinigungsmoment und Entmischungsakt angepeilt (und wird passieren, wenn man sich nicht wehrt); der deutsche ebenso wie der italienische Nationalismus erscheint immer mehr auch sozial „gerechtfertigt“: auf der einen Seite heißt's „stark bleiben, damit wir weiterhin mehr Stellen, Wohnungen, Haushaltsmittel usw. kriegen“; auf der anderen heißt's „qui i tedeschi diventano sempre più forti, bisogna unirsi anche noi per fargliela vedere o almeno per difenderci“. (...) Von links her darf die Spaltung und gegenseitige Nicht-Einmischung nicht respektiert werden. Natürlich muß die gegebene Autonomie als das Terrain anerkannt werden, auf dem man sich bewegt – aber wesentlicher ist, daß innerhalb der Arbeiterbewegung pro-autonomistische Positionen zugleich mit einer linken Paketkritik heranwachsen. In anderen Worten: ja zu einer breiten (auch noch breiteren Autonomie), nein zur Paket- und Proporzgesellschaft, insoweit sie arbeiterfeindlich und klassenspaltend ist. LANGER, Autonomie, Proporz, Arbeiterbewegung.

in Südtirol erstmals die Verpflichtung bestand, sich einer der drei gesetzlich anerkannten Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) zugehörig zu erklären, wofür Langer den Begriff der „ethnischen Käfige“ prägte, in welche die Südtiroler gesperrt würden. Mit dem Slogan „Option 81“ setzte er die gesellschaftsspaltenden Auswirkungen der ethnischen Volkszählung zusätzlich überspitzt mit den Folgen der nationalsozialistisch-faschistischen Umsiedlung der Südtiroler des Jahres 1939 gleich<sup>103</sup>.

Ungeachtet des öffentlichkeitswirksamen Protests gegen den ethnischen Proporz gelang es der oppositionellen Neuen Linken wie auch der an sie anknüpfenden grün-alternativen Bewegung bis dato nicht, eine Abschaffung der Proporzregelung zu erreichen. Die stichhaltige Kritik machte jedoch erstmals auf evidente Defizite des in der deutschsprachigen Öffentlichkeit Südtirols bis dahin weitgehend positiv rezipierten Zweiten Autonomiestatus aufmerksam. Dieses hatte zwar zur Befriedung des Konflikts zwischen den ethnonationalen Subgesellschaften der Provinz geführt, diese allerdings „nicht zu einer Gesellschaft integriert“, wie Anton Pelinka anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien feststellte. „Sie [die Autonomie] hat nicht aus zwei Gesellschaften eine einzige gemacht“.<sup>104</sup>

Alexander Langers Vision eines interethnischen Südtirol markierte in dieser Hinsicht – trotz ihres vordergründigen Scheiterns – den ersten Schritt hin zu einem nicht-ethnischen Regionalpatriotismus, der sich dem Geist einer Willensnation annäherte, dessen Anhängerschaft jedoch langfristig überschaubar blieb. Im Verlauf der 1980er- und 1990er-Jahre stimulierte das alternative Südtirolbewusstsein aber immerhin den punktuellen Abbau von sozialen Barrieren zwischen den Sprachgruppen (z.B. durch Schüleraustauschprogramme) und schließlich auch eine juridische Aufweichung und Flexibilisierung des ethnischen Proporz<sup>105</sup>.

---

103 Die der Neuen Linken nahestehende Wochenzeitung Tandem berichtete am 28. Oktober 1981 über Protestkundgebungen gegen die „Option 81“ und die „ethnischen Käfige“ in Strassburg, Rom und Bozen. Tandem (Bozen), (28.10.1981) 2.

104 Anton PELINKA, Politik und Medien zwischen Modernität und Tradition, in: 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, hrsg. von Siglinde CLEMENTI, Jens WOELK (Baden-Baden 2003) 205–209, hier: 209.

105 Vgl. POGGESCHI, Der ethnische Proporz 322–331; GATTERER, „rote milben im gefieder“ 170–174; Hermann ATZ, Die Grünen Südtirols. Profil und Wählerbasis (Innsbruck–Wien–Bozen 2007) 43–46.

## Fazit

Die eingangs zitierte These, wonach die politische Linke über keine eigenen Konzepte zur Lösung der Tiroler Nationalitätenfrage verfüge, lässt sich auf Basis der dargestellten Quellen nicht aufrechterhalten. Vielmehr wurde ersichtlich, dass sich die Tiroler Nationalitätenfrage im Verlauf des späten 19. und gesamten 20. Jahrhunderts unter dem Einfluss des europäischen Nationsbildungsprozesses stetig veränderte, worauf die Exponenten der sozialistischen Arbeiterbewegung stets aufs Neue zu reagieren hatten. Tiroler Nationalitätenfrage bedeutete in diesem Sinne bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor allem die Beschäftigung mit den Autonomiebestrebungen des Trentino (unter Einfluss des italienischen Risorgimento im Kontext der zerfallenden Habsburgermonarchie). In der Zwischenkriegszeit stellte sich die Nationalitätenfrage als Frage nach der Rückgliederung Südtirols an Nordtirol in Verbindung mit einem österreichischen Zusammenschluss mit Deutschland (vor dem Hintergrund des Siegeszugs des europäischen Faschismus). Nach Ende des Zweiten Weltkriegs meinte Nationalitätenfrage in Tirol erneut in erster Linie die Südtirolfrage; nun allerdings parallel zur Entwicklung eines eigenen Österreichbewusstseins in Nordtirol (vor dem Hintergrund des Kalten Krieges).

Die politische Linke formulierte in allen drei Phasen Antworten auf die jeweiligen Nationalitätenfragen. Es fällt jedoch auf, dass die theoretischen Grundlagen (proletarischer Internationalismus, Autonomie gegenüber einem übergeordneten Staat, nationale Selbstbestimmung bis zur Sezession) nicht in Tirol entwickelt, sondern von außen (teils auch von bürgerlichen Tiroler Parteien) in die regionale Arbeiterbewegung hineingetragen wurden. Nur in wenigen Fällen (z.B. im Rahmen der Arbeiten am sozialdemokratischen Autonomieentwurf für Südtirol 1920) wurden sie zu konkreten und ausführlichen Lösungsvorschlägen elaboriert, die über punktuelle Forderungen (nach einer italienischen Universität, nach einer nicht näher ausgearbeiteten Selbstbestimmungsentscheidung) hinausreichten. Erst mit Alexander Langers Konzept der Interethnizität kann von einer linken Alternativlösung für das Nationalitätenproblem gesprochen werden, die auf Basis der konkreten politischen Realität in der Region entwickelt wurde, ohne sich explizit

auf importierte theoretische Konzepte zu berufen, wodurch sie erste Ansätze eines alternativen Südtirolpatriotismus hervorbringen konnte.

Der Erfolg jedweder Nationalitätenpolitik ist weiters – auch das wurde in den Ausführungen evident – letztlich an den Zugang zur politischen Macht gekoppelt. Die sozialistische Arbeiterbewegung Tirols wurde diesbezüglich von zwei entscheidenden Hemmnissen stark eingeschränkt: Zum einen befand sie sich in der Region gegenüber ihren Konkurrenzparteien unterschiedlicher ideologischer Ausprägung durchwegs in einer klar unterlegenen Position, die über längere Zeiträume sogar bis hin zur Illegalität reichte. Zum anderen wurde eine tirolspezifische Nationalitätenpolitik häufig außerhalb der Region – in staatlichen Regierungsgremien in Wien, Rom, Berlin, auf internationalen Friedenskonferenzen und vor den Vereinten Nationen – betrieben, d.h. in einem Kontext, in welchem Exponenten der regionalen Arbeiterbewegung durchwegs keinen, bestenfalls einen indirekten Einfluss geltend machen konnten.

Aus diesen Hemmnissen ergab sich folglich, dass sozialistische Nationalitätenpolitik in Tirol und Südtirol über weite Strecken, bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein, fast ausschließlich im Stadium der Theoriebildung stecken blieb. Die Praxis beschränkte sich auf die innere Organisation der eigenen Parteien bzw. politischen Bewegungen, in denen phasenweise (etwa in der altösterreichischen Sozialdemokratie, in der KPI nach 1945, in der Neuen Linken) stärker als in bürgerlichen Parteien die Realisierung kosmopolitischer und internationalistischer Ideen versucht wurde. Nationale Gegensätze blieben jedoch auch in diesen Parteien latent bestehen; ebenso gelang es den jeweiligen Parteien nicht, als konsequent antinationalistische oder a-nationale Parteien mehrheitsfähig zu werden. Im Falle der altösterreichischen Sozialdemokratie lieferte das Schicksal Cesare Battistis darüber hinaus ein symbolträchtiges, breit rezipiertes (negatives) Exempel für das Scheitern des Tiroler Internationalismus, während wichtige (positive) Beiträge zur Befriedung des Südtirolterrorismus (etwa durch Bruno Kreiskys diplomatische Verhandlungen oder Sandro Canestrinis Engagement als Strafverteidiger der Südtiroler Sprengstoffattentäter) in diesem Zusammenhang nur bescheidene und verspätete Würdigungen erfahren haben. So bot die Südtiroler Landesverwaltung beispielsweise 2015 anlässlich des ersten Symposiums zu Bruno Kreiskys Südtirolengagement (40 Jahre nach dem Scheitern des Kreisky-Sara-

gat-Abkommens) im Vergleich zu landesüblichen Festivitäten einen verhältnismäßig unauffälligen Rahmen<sup>106</sup>.

Neben der Theorielastigkeit und dem teilweisen Scheitern sozialistischer Nationalitätenpolitik in der Praxis ist es letztlich auch das erwähnte auffallend geringe Ausmaß an Würdigung der Erfolge, das zum raschen Verblässen sozialistischer Nationalitätenpolitik im kollektiven Regionalgedächtnis Tirols und Südtirols beigetragen hat. Der sozialistischen Arbeiterbewegung ist es in Summe über den gesamten Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts weder in Tirol, noch in Südtirol und im Trentino gelungen, die Themenführerschaft in der Nationalitätenpolitik zu übernehmen. Das Hinterherhinken ergab sich zum einen aufgrund der Tatsache, dass sich die sozialistischen Forderungen nach Selbstbestimmung, Autonomie und Zusammenschluss mit Deutschland (für das Trentino mit Italien) zwar nicht hinsichtlich ihres ideologischen Fundaments, aber doch hinsichtlich ihrer Zielsetzung weitgehend mit den wesentlich breiter kommunizierten Forderungen nationalistischer wie konservativer Konkurrenzparteien deckten, wobei es durchwegs konservative Politiker (Abtretung des Trentino an Italien, Gruber-De Gasperi-Abkommen, Zweites Autonomiestatut für Südtirol) oder die Nationalsozialisten (Zusammenschluss Österreichs mit Deutschland) waren, die diese Konzepte in die Tat umsetzten. Zum anderen wurde die Themenführerschaft von den Tiroler Eliten auch bewusst (und letztlich erfolgreich) gegen die sozialistische Arbeiterbewegung verteidigt, als sich mit Bruno Kreiskys diplomatischen Erfolgen in der Südtirolpolitik erstmals ein möglicher Wechsel der Themenführerschaft zugunsten der Sozialdemokratie abzeichnete, der letzten Endes nicht erfolgte. So blieb praktizierte Nationalitätenpolitik in Tirol und Südtirol – zwar nicht faktisch, aber jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung weitestgehend gänzlich – faschistisch, nationalsozialistisch und national-konservativ konnotiert<sup>107</sup>.

---

106 Zum Symposium über Bruno Kreiskys Engagement in der Südtirolfrage siehe Bruno Kreisky und die Südtirolfrage: Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages, hrsg. von Gustav PFEIFER, Maria STEINER (Bozen 2016).

107 Vgl. hierzu die Tagungsbeiträge zum zehnjährigen Jubiläum der Streitbeilegung zwischen Italien und Österreich. 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, hrsg. von Siglinde CLEMENTI und Jens WOELK (Baden-Baden 2003).